Schleswig-Holstein
Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur

Handreichung

Die Abiturprüfung im Fach Wirtschaft/Politik auf Grundlage der Fachanforderungen

Stand 05.10.2017

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

Impressum

Herausgeber: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
Jensendamm 5, 24103 Kiel

Kontakt: pressestelle@bimi.landsh.de

Kiel, Oktober 2017

Die Landesregierung im Internet: www.schleswig-holstein.de

Einleitung

Im Schuljahr 2018/19 werden die Schülerinnen und Schüler die Abiturprüfung im Fach Wirtschaft/Politik erstmals auf der Grundlage der zum Schuljahr 2016/17 eingeführten Fachanforderungen ablegen.

Die in dieser Handreichung enthaltenen Materialien sollen Lehrkräfte bei der Vorbereitung dieser Prüfungen unterstützen:

- Checklisten bereiten die sich aus den Fachanforderungen und der OAPVO ergebenden Vorgaben für Prüfungsaufgaben in übersichtlicher Form auf.
  Die **Checkliste für die schriftliche Abiturprüfung** bildet auch die Grundlage für die Genehmigung der dezentral gestellten Prüfungsaufgaben.
  Weil diese Checkliste aufgrund der bei der Genehmigung und Drittkorrektur von Prüfungsaufgaben gesammelten Erfahrungen regelmäßig überarbeitet wird, können sich in Zukunft Ergänzungen oder Modifikationen der hier abgedruckten Liste ergeben.
  Die **Checkliste für die mündliche Abiturprüfung** ist für den Gebrauch innerhalb der Fachschaften gedacht.

- **Beispielaufgaben** für die schriftliche und mündliche Abiturprüfung sollen die Umsetzung der Vorgaben veranschaulichen.

- **Vorschläge für die Gestaltung von Unterrichtseinheiten zu den Themenbereichen der Fachanforderungen für die Sekundarstufe II** sollen am Beispiel demonstrieren, wie sich die in den Fachanforderungen vorgesehenen Themen und die diesen zugeordneten grundlegenden und vertiefenden Inhalte umsetzen lassen.
  Anhand dreier Beispiele wird zudem aufgezeigt, welche Möglichkeiten der spiralcurricularen Verknüpfung die Themenbereiche, Themen und Inhalte der Fachanforderungen bieten.

1. Die schriftliche Abiturprüfung im Fach Wirtschaft/Politik

1.1 Checkliste für die schriftliche Abiturprüfung im Profilgebenden Fach Wirtschaft/Politik

Rechtsgrundlagen: OAPVO, Runderlass „Zahl und Umfang der Klassenarbeiten in der gymnasialen Oberstufe“ und Fachanforderungen Wirtschaft/Politik, insbes. die Anforderungen für die schriftliche Abiturprüfung, S. 46 f.

- Der Schulaufsichtsbehörde sind **zwei materialgebundene, als Problemerörterung gestaltete** A**ufgabenvorschläge** einzureichen, von denen diese einen für die Bearbeitung durch die Schülerin / den Schüler auswählt.
- Gewählte Aufgabenvorschläge dürfen frühestens nach Ablauf von vier Jahren wieder eingereicht werden.

Kriterien für die Genehmigung	**Bemerkungen**
Einzureichende Unterlagen Das Deckblatt jedes Aufgabenvorschlags enthält □ Angaben zu Schule, Klasse, Lehrkraft, Fach, Prüfgruppe, Datum □ Angabe des Themas / der Problemstellung □ Angabe der zugelassenen Hilfsmittel (z. B. Atlas mit Ausgabejahr, GG o.ä.) □ Verzeichnis der Anlagen □ Unterschriften APK-Vorsitzende/r, Prüflehrkraft Anlagen □ zwei Aufgabenvorschläge, jeweils mit unterrichtlichen Voraussetzungen und Erwartungshorizont □ Unterrichtsthemen der Einführungs- und der Qualifikationsphase auf gesondertem Blatt □ Aufgaben der Klassenarbeiten (ggf. Ersatzleistungen) aus der E- und Q-Phase mit den zugehörigen Materialien (Waldorfschulen nur 13. Jahrgang) Sprache □ korrekte Rechtschreibung, Grammatik, Zeichensetzung; angemessener Ausdruck und Fachsprache	

Aufgabenstellung	
□ max. ein Aufgabenvorschlag bezieht sich auf die Themen des 3./4. Halbjahres der Qualifikationsphase □ beide Aufgabenvorschläge weisen jeweils über den Themenbereich eines Halbjahres hinaus □ beide Aufgabenvorschläge integrieren jeweils die drei Betrachtungsebenen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft (Schwerpunktsetzung zulässig) □ Kompetenzorientierung der Aufgabenstellung □ Abdeckung aller drei Anforderungsbereiche (AFB) □ Schwerpunkt im AFB II □ thematische Einheit der Aufgabenstellung (keine unzusammenhängenden Teilaufgaben) □ höchstens 4 Operatoren □ Art und Umfang der erwarteten Leistung für die Schülerin / den Schüler klar erkennbar	

Materialgrundlage	
□ Textmaterial, welches durch ein anderes oder mehrere andere Materialien ergänzt wird (geeignete Materialien: Texte, Tabellen, Diagramme, Bildmaterial, Statistiken, Grafiken und Karikaturen) □ Gesamtumfang angemessen, dabei Umfang des Textmaterials in der Regel nicht mehr als 900 Wörter (Wortzahl angegeben, ggf. Kürzungen kenntlich gemacht) □ Material ist exemplarisch für die Behandlung eines Themas, das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragestellungen ermöglicht □ verwendete Datenbasis so zeitnah wie möglich □ Material hinreichend komplex und für die Bearbeitung der Aufgabe ergiebig □ Material orientiert sich am Verstehenshorizont der Schülerinnen und Schüler (ggf. erläuternde Anmerkungen, bei fremdsprachlichem Material Übersetzung) □ Material unter Anwendung der im Unterricht vermittelten Kenntnisse und Methoden bearbeitbar □ klare Benennung und ggf. Nummerierung des Materials □ gute Erkennbarkeit bei Bildmaterial, Statistiken o.ä. □ Zeilenzählung □ Quellenangaben (bei Internet-Materialien Zugriffsdatum angegeben)	

Unterrichtliche Voraussetzungen / Erwartungshorizont	
Auf die Gesamtaufgabe bezogen □ inhaltliche und methodische unterrichtliche Voraussetzungen □ inhaltliche und methodische Anforderungen, Grad der vorauszusetzenden Selbständigkeit □ Erläuterung des Neuigkeitsaspekts der Aufgabenstellung Auf Teilaufgaben bezogene Angaben □ Gewichtung der Teilaufgaben □ Ausweisung und Zuordnung von Anforderungsbereichen und Kompetenzen □ konkrete Beschreibung der Anforderungen an eine gute (11 P.) und eine ausreichende (5 P.) Leistung (bei rein verbaler Beschreibung der Anforderungen); alternativ bei Bewertung anhand von Rohpunkten/Bewertungseinheiten: Die Zuordnung der Rohpunkte/Bewertungseinheiten zu den Teilaufgaben muss nach inhaltlichen und methodischen Aspekten aufgeschlüsselt werden.)	

1.2 Beispielaufgabe für die schriftliche Abiturprüfung

Aufgabenvorschlag: Chancen und Risiken der Integration von Flüchtlingen in Deutschland

Aufgaben:

1. Erläutern Sie die Position Hans-Werner Sinns zur Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der in den Statistiken dargestellten Fakten. (M1 - M3)

2. *„Die Zuwanderung wird Deutschlands wirtschaftliche Vorreiterrolle in Europa – nachdem die Anfangsschwierigkeiten überwunden sind – über Jahrzehnte festigen. Kulturell diversifizierte Gesellschaften sind lebendiger, sozial flexibler, innovativer, anpassungsfähiger und wandlungsbereiter."* (David Folkerts- Landau, Chefvolkswirt der Deutschen Bank: Lasst sie kommen!, in: Die Zeit, 15.10.2015, S.33)

   Nehmen Sie zu Folkerts-Landaus Aussage, unter Einbeziehung Ihrer bisherigen Ergebnisse, Stellung.

Material:

M1: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen zu Asyl, November 2015.

M2: Zeit-Grafik/ Quelle BAMF, Eurostat, in: Die Zeit Nr. 40, 01.10.2015, S.5.

M3: Petra Pinzler und Mark Schieritz im Gespräch mit Hans-Werner Sinn: "Wir werden leichter an eine Putzkraft kommen", in: Die Zeit Nr. 41, 08.10.2015, S. 35.

Anforderungsbereiche:

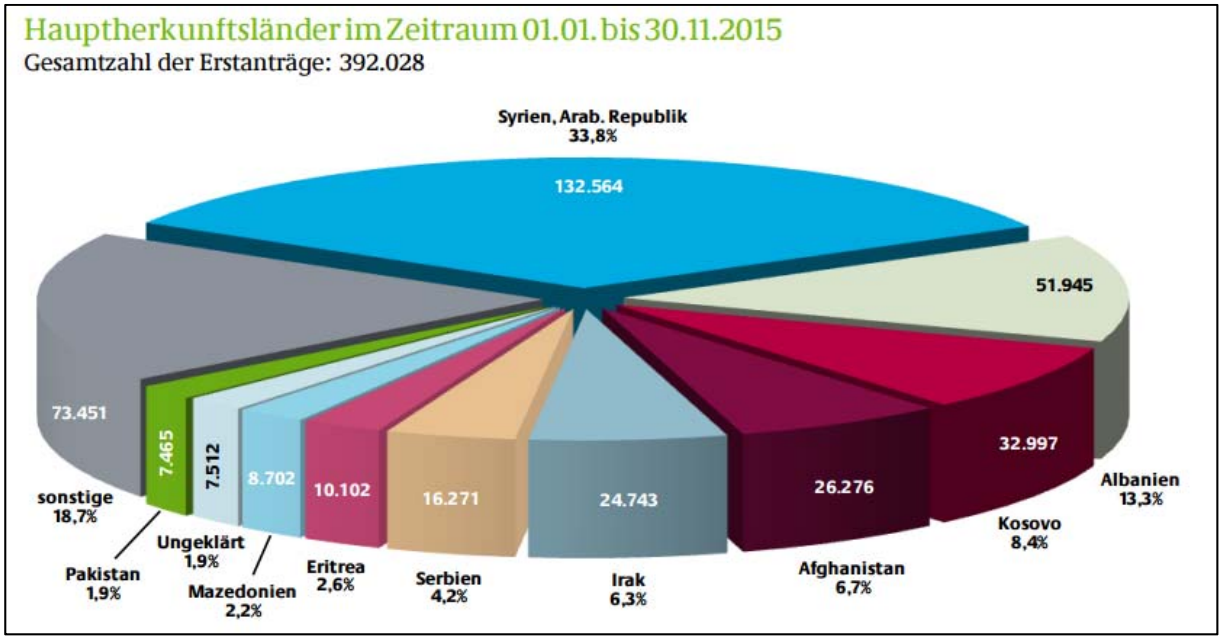
Aufgabe 1: AFB I, II - 60%
Aufgabe 2: AFB II, III - 40%

Hilfsmittel:
Rechtschreibwörterbuch, Grundgesetz

M1

Asylerstanträge nach Altersgruppen und Geschlecht im Zeitraum 01.01. bis 30.11.2015

Altersgruppen	Asylerstanträge insgesamt		Aufteilung der männlichen Antragsteller nach Altersgruppen		Aufteilung der weiblichen Antragsteller nach Altersgruppen		prozentualer Anteil männlicher Antragsteller innerhalb der Altersgruppen	prozentualer Anteil weiblicher Antragsteller innerhalb der Altersgruppen
bis unter 16 Jahre	103.107	26,3%	56.754	20,9%	46.353	38,4%	55,0%	45,0%
von 16 bis unter 18 Jahre	17.964	4,6%	14.224	5,2%	3.740	3,1%	79,2%	20,8%
von 18 bis unter 25 Jahre	97.000	24,7%	78.084	28,8%	18.916	15,7%	80,5%	19,5%
von 25 bis unter 30 Jahre	60.070	15,3%	45.435	16,7%	14.635	12,1%	75,6%	24,4%
von 30 bis unter 35 Jahre	41.826	10,7%	29.539	10,9%	12.287	10,2%	70,6%	29,4%
von 35 bis unter 40 Jahre	27.922	7,1%	18.971	7,0%	8.951	7,4%	67,9%	32,1%
von 40 bis unter 45 Jahre	18.113	4,6%	12.314	4,5%	5.799	4,8%	68,0%	32,0%
von 45 bis unter 50 Jahre	11.316	2,9%	7.538	2,8%	3.778	3,1%	66,6%	33,4%
von 50 bis unter 55 Jahre	6.657	1,7%	4.177	1,5%	2.480	2,1%	62,7%	37,3%
von 55 bis unter 60 Jahre	3.807	1,0%	2.127	0,8%	1.680	1,4%	55,9%	44,1%
von 60 bis unter 65 Jahre	2.101	0,5%	1.140	0,4%	961	0,8%	54,3%	45,7%
65 Jahre und älter	2.145	0,5%	986	0,4%	1.159	1,0%	46,0%	54,0%
Insgesamt	**392.028**	**100,0%**	**271.289**	**100,0%**	**120.739**	**100,0%**	**69,2%**	**30,8%**



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen zu Asyl, November 2015.

M2

Asylbewerber 2015 nach Schulbildung

	Asylsuchende insgesamt Angaben in Prozent	Asylsuchende Syrer Angaben in Prozent
Hochschule	16,6	29,9
Gymnasium	17,5	25,1
Mittelschule	29,7	23,0
Fachschule	3,3	2,1
Grundschule	24,0	16,8
Keine Schulbildung	8,1	2,7
Sonstige	0,8	0,4

Die Qualifikationen sind nicht mit denen in Deutschland vergleichbar. Die erhobenen Daten decken sich oft nicht mit denen der Herkunftsländer. Oft fehlen Dokumente, die die Abschlüsse belegen. Eine Anerkennung der Abschlüsse ist problematisch, die aufgeführten Zahlen sind nicht repräsentativ. Befragt wurden 105.000 Antragsteller, die älter sind als 20 Jahre, 28.000 von ihnen waren Syrer.

Quelle: Zeit-Grafik/ Quelle BAMF, Eurostat, in: Die Zeit Nr. 40, 01.10.2015, S.5.

M3

Der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, im Interview mit der „Zeit", 08.10.2015

DIE ZEIT: Herr Sinn, was kosten uns die Flüchtlinge?
Hans-Werner Sinn: 800.000 Migranten kosten anfangs etwa zehn Milliarden Euro pro Jahr. Es wird weniger, wenn diese Menschen integriert werden und Steuern zahlen.
ZEIT: Werden sie das?
Sinn: Genug Bedarf an Arbeitskräften hätten wir. Aber es kommen viele Analphabeten und Leute mit wenig Schulbildung oder Abschlüssen, die mit unseren nicht vergleichbar sind. Der syrische Arzt ist wohl eher die Ausnahme als die Regel – zum Glück, denn er wird ja zu Hause noch mehr gebraucht. Die Flüchtlinge werden also überwiegend in die einfachen Jobs drängen. Das wird die Löhne für einfache Arbeit unter Druck setzen.
ZEIT: Was bedeutet das?
Sinn: Es bedeutet, dass vor allem gering qualifizierte Arbeitnehmer unter dieser Entwicklung leiden. Sie bekommen Konkurrenz durch die zusätzlichen Arbeitskräfte. Sie sind die Verlierer. In der Praxis betrifft das vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, die sich bereits im Lande befinden. Die neuen Migranten verschlechtern die Situation für die alten Migranten.
ZEIT: Es sei denn, man lockert die Zulassungsbeschränkungen für bessere Berufe.
Sinn: Standards abzusenken halte ich für kontraproduktiv. Wir sind ein Land, das von der Qualität seiner Produkte lebt. Wer nicht qualifiziert ist, kann bestimmte Dinge nicht machen, bis er sich qualifiziert hat. Die Chance der Qualifikation sollte er allerdings erhalten.
ZEIT: Wir sprachen über die Verlierer der Zuwanderung. Wer sind die Gewinner?
Sinn: Das sind vor allem diejenigen, die Leistungen der zusätzlichen Arbeitskräfte in Anspruch nehmen: Sie und ich und Ihre Leser zum Beispiel. Wir werden leichter an eine Putzkraft kommen oder unser Auto waschen lassen können, weil die Löhne für einfache Tätigkeiten sinken.
ZEIT: Das verhindert doch der Mindestlohn.
Sinn: Wenn der bleibt, entstehen viele der benötigten Stellen gar nicht erst. Mehr Geschäftsmodelle für Geringqualifizierte werden erst dann rentabel, wenn der Lohn für einfache Arbeit fällt. (…)
ZEIT: Also haben wir nur die Wahl: entweder arbeitslose Flüchtlinge oder mehr Billigjobber?
Sinn: Ja – jedenfalls bis wir sie besser ausgebildet haben. (…)
ZEIT: Was schlagen Sie vor?
Sinn: Es gibt drei Möglichkeiten: Man nimmt nur die Flüchtlinge vom Mindestlohn aus. Man zahlt den Unternehmen Lohnzuschüsse. Oder man senkt den Mindestlohn flächendeckend. Ich würde die letzte Variante wählen und einen persönlichen Lohnzuschuss zahlen, wie wir es im ifo Institut in Form einer aktivierenden Sozialhilfe schon lange gefordert haben und wie es beim Arbeitslosengeld II auch schon teilweise realisiert ist.
ZEIT: Damit die Firmen bei den Löhnen sparen und die Allgemeinheit für die Flüchtlinge zahlt?
Sinn: Sie zahlt ohnehin. Die Frage ist doch, ob wir Menschen in der Arbeit bezuschussen oder ohne Arbeit vollständig alimentieren. Mindestlöhne bedeuten Letzteres, und deshalb sind sie für den Staat teuer und für die Betroffenen inhuman.

ZEIT: Die Regierung will am Mindestlohn festhalten, weil andernfalls die Stimmung kippt.

Sinn: Das ist ein Fehler. Wenn die Zuwandernden keine Stellen kriegen, werden sie nicht integriert, und dann werden wir erhebliche Spannungen in der Gesellschaft bekommen. Dann kippt die Stimmung erst recht. (…)
ZEIT: Es sei denn, der Staat verschuldet sich. Dann wird niemandem etwas weggenommen.
Sinn: Doch, den nachfolgenden Generationen. (…)
ZEIT: Es kommen aber gerade viele junge Menschen zu uns. Das hilft den Rentenkassen.
Sinn: Wenn sie arbeiten! (…) Um die Kosten zu begrenzen, den absehbaren Konflikten vorzubeugen und das chaotische Überrennen der Grenzen zu verhindern, müssen wir die Zuwanderung aber zudem auf qualifizierte Personen begrenzen und das Asylrecht anpassen.
ZEIT: Mit „anpassen“ meinen Sie „einschränken“?
Sinn: Nein, ich meine auf einem gemeinsamen europäischen Standard harmonisieren. Es kann doch nicht sein, dass die Migranten sich das Land mit dem besten Asylstandard aussuchen.
ZEIT: Die Kanzlerin hat gesagt, es gibt keine Obergrenze für Asyl. Ist der Satz falsch?
Sinn: Es gibt vielleicht keine rechtliche Grenze, aber eine faktische. Sie wird durch die Leistungsfähigkeit unseres Landes definiert. (…)

(572 Wörter)

Quelle: Petra Pinzler und Mark Schieritz im Gespräch mit Hans-Werner Sinn: "Wir werden leichter an eine Putzkraft kommen", in: Die Zeit Nr. 41, 08.10.2015, S. 35.

Unterrichtliche Voraussetzungen:

Die Aufgabe bezieht sich inhaltlich auf folgende Unterrichtsthemen der Qualifikationsphase:

Q1.1 (Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat)

- Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktpolitik zwischen Markt und Staat: Relevant für die Klausur ist die Behandlung von beschäftigungspolitischen Konzepten, namentlich dem im Unterricht diskutierten Mindestlohn.

Q1.2 (Europa in Gegenwart und Zukunft)

- Migration nach Europa – Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik: Thematisiert wurden Ziele und Mittel der Flüchtlingspolitik sowie die Auseinandersetzungen darüber innerhalb der EU. In diesem Zusammenhang wurde auch die Ausgestaltung des Asylrechts im GG thematisiert.

Q2.2 (Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert)

- Strategien der internationalen Friedenssicherung: Am Beispiel des Bürgerkriegs in Syrien wurde auf die Problematik von ‚failed states‘ sowie die damit einhergehende Flüchtlingsproblematik eingegangen.

In methodischer Hinsicht sind die Schülerinnen und Schüler mit allen zur Bearbeitung der Aufgaben erforderlichen Fähigkeiten vertraut:

- Analyse von Diagrammen und Statistiken
- Analyse von Texten
- Stellungnahme zu politischen Sachverhalten

Die Aufgabenstellung beinhaltet sowohl wirtschaftliche als auch politische und gesellschaftliche Aspekte.

Die Aufgabe erfordert Erschließungskompetenz (Aufg. 1, 2), Sachurteil und Werturteil (Aufg.2).

Der Neuigkeitsaspekt der Aufgabe liegt in der Problematisierung der positiven wie negativen Auswirkungen dieser Flüchtlingsbewegung auf Deutschland.

Die Materialien sind den Prüflingen nicht bekannt.

Erwartungshorizont:

Aufgabe 1:

- Einleitungssatz als Hinführung zum Thema, Quellenangaben.
- Die Statistiken ergeben das Profil eines jungen, männlichen Asylsuchenden mit geringer (24% der Asylbewerber) bzw. mittlerer Schulbildung (29,7%, M2) und decken sich mit Feststellungen Sinns. Er diagnostiziert eine große Anzahl von Flüchtlingen mit geringer oder fehlender Schulbildung, die einfache Tätigkeiten nachfragen werden (Z.8), was zu Konkurrenz mit anderen geringqualifizierten Arbeitnehmern führen werde. Letztere von ihm als Verlierer titulierten Menschen mit Migrationshintergrund hätten bisher einfache Tätigkeiten ausgeführt und müssten jetzt um ihren Arbeitsplatz fürchten (Z.11f.) Die Aussagen zur schulischen Bildung der Flüchtlinge sind nur unter Vorbehalt belastbar, sind aber bezogen auf die zu erwartenden Arbeitsmarktsituation nützlich.
- Die Gruppe der 18 - 25jährigen Männer ist mit 24,7% am stärksten repräsentiert (M1) Die Schülerinnen und Schüler können Vermutungen darüber anstellen, warum dies so ist. Erklärungen sind die höhere Belastbarkeit von Männern bei der gefährlichen Flucht, das geringere Gewaltrisiko im Vergleich zu Frauen als auch die finanzielle Tatsache, nur ein Familienmitglied vorausschicken zu können, um ggf. die Familie nachzuholen.
- Das Hauptherkunftsland ist Syrien mit 33,8%, gefolgt von Albanien und dem Kosovo. Die S/S könnten auf erfolgreichere Asylgesuche syrischer Flüchtlinge verweisen, da diese aus einem Bürgerkriegsland fliehen (GG, Art. 16a) im Vergleich zu sogenannten ‚Wirtschaftsflüchtlingen' aus sicheren Herkunftsländern.
- Sinn veranschlagt die jährlichen Kosten für Flüchtlinge auf 10 Mrd. Euro (Z. 2).
- Eine Senkung bestehender Standards zugunsten der wachsenden Zahl gering qualifizierter Arbeitssuchender lehnt Sinn mit der Begründung ab, Qualität sei das Gütesiegel Deutschlands (Z. 16f.).
- Als Gewinner dieser Entwicklung benennt Sinn Gutverdienende, die von den Leistungen der Geringverdiener profitierten (Z. 20 ff.).
- Er fordert als wirksame Maßnahme eine Senkung des flächendeckenden Mindestlohns, verbunden mit einem persönlichen Lohnzuschuss (Z. 32f.).
- Er begründet diese Forderung damit, dass Mindestlöhne zu teuer seien und letztlich eine Abhängigkeit vom Staat bedeuteten, weil sie zu höherer Arbeitslosigkeit führten, was wiederum nachteiliger für die Betroffenen sei als Zuschüsse anzunehmen (Z. 37ff.).
- Außerdem prognostiziert er gesellschaftliche Spannungen, wenn die Integration der Flüchtlinge in Tätigkeiten mit geringerem Anforderungsniveau nicht gelinge (Z.41ff.).
- Eine zusätzliche Staatsverschuldung zu Lasten kommender Generationen lehnt er ab (Z.45).
- Als Konsequenz fordert er eine Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Menschen sowie die Anpassung des Asylrechts (Z. 49f.) und plädiert in diesem Zusammenhang für eine Harmonisierung europäischer Standards, um Nachteile für Deutschland als Land mit den meisten Asylgesuchen abzuwenden (Z.51f.).

Die Aufgabe verlangt, dass die Schülerinnen und Schüler zwischen Forderungen, Begründungen und Prognosen unterscheiden können, kausale Zusammenhänge herstellen und, soweit erforderlich, den Konjunktiv verwenden. Sie erkennen die kritische Position Sinns angesichts der großen Zahl gering qualifizierter Flüchtlinge als Belastung des Arbeitsmarktes, seine ablehnende Haltung gegenüber dem Mindestlohn und seine Skepsis bezüglich des Gelingens der Integration. In einem abschließenden Fazit wird Sinns Position möglicherweise der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zugeordnet, die sich mit Textstellen belegen lässt (Z. 31, Z. 45.).

Eine ausreichende Leistung liegt vor, wenn wesentliche Fakten in überwiegend eigenständigen Formulierungen nachvollziehbar dargestellt und einige Aspekte der Position Sinns im Zusammenhang erläutert werden.

Eine gute Leistung liegt vor, wenn die wesentlichen Fakten in eigenständigen Formulierungen schlüssig dargestellt und die wesentlichen Aspekte der Position Sinns im Zusammenhang erläutert werden.

Aufgabe 2:

Die Aufgabenstellung erfordert eine strukturierte, nachvollziehbar aufgebaute Auseinandersetzung mit der kritischen Position Sinns und der optimistischen Haltung Folkerts-Landaus, die in einer begründeten Positionierung im Spannungsfeld zwischen beiden Positionen mündet.

Dafür ist eine Erläuterung des thesenhaften Zitats notwendig, wobei festzuhalten ist, dass Sinn die bevorstehenden Auswirkungen der steigenden Flüchtlingszahlen betrachtet, wohingegen Folkerts-Landau auf die positiven Auswirkungen nach den „Anlaufschwierigkeiten“ verweist.

Mit Bezug auf das Zitat können folgende Aspekte aufgegriffen und ggf. kontrovers diskutiert werden:

- Zuwanderung wirkt durch die Altersstruktur der Migranten der Überalterung der deutschen Gesellschaft entgegen, mit möglichen positiven Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystems (von Sinn bestritten, s.u.).
- ökonomisches Wachstumspotenzial durch Zuwanderung (Landau: "wirtschaftliche Vorreiterrolle", Innovations- und Wandlungsbereitschaft)
- angesichts einer steigenden Zahl junger Menschen Bildung eines Gegengewicht zum erheblichen politischen Einfluss der älteren Generation
- kulturelle Vielfalt als Innovationstreiber

Aspekte, die auf die Position Sinns zurückverweisen, können sein:

- Argumente pro/kontra Mindestlohn
- Geringe Löhne und ihre Auswirkung auf die Betroffenen und die Gesellschaft
- Folgen einer Ausweitung des Niedriglohnsektors, Konkurrenz unter Arbeitnehmern
- Positive und negative Folgen der Anhebung des Renteneintrittsalters

Weitere Aspekte können sein:

- Die Spaltung der Gesellschaft bei misslingender Integration, Parallelgesellschaften, Fremdenhass, Erstarken rechtsradikaler Parteien und der politische Umgang mit ihnen
- Verbesserte Bildungschancen junger Flüchtlinge als Aufgabe der Bildungspolitik

Einzelne Argumente beider Positionen können in dialektischer Form gegenübergestellt oder nacheinander dargestellt und abgewogen werden. Aktuelle Entwicklungen zu diesem Thema können ebenfalls angeführt werden. Die Auseinandersetzung sollte die Betrachtungsebenen der herangezogenen Argumente berücksichtigen und argumentativ nutzen.

Im Schlussteil muss eine Positionierung der Schülerin/des Schülers zu den Auswirkungen der wachsenden Flüchtlingszahlen auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft deutlich werden. Erwartet wird dabei sowohl ein Urteil auf Sachebene (z. B. Annahmen über die kausalen Auswirkungen der Migration auf die Sozialsysteme) als auch eine Bezugnahme auf die Wertebene (z. B. Abwägen zwischen ökonomischer Rationalität und humanitären Aspekten).

Eine ausreichende Leistung liegt vor, wenn einige Argumente gegeneinander abgewogen und in ihren Auswirkungen dargestellt werden und eine begründete Stellungnahme erkennbar ist.

Eine gute Leistung liegt vor, wenn die meisten Argumente gegeneinander abgewogen und in ihren Auswirkungen dargestellt werden sowie differenziert Stellung genommen wird.

2. Die mündliche Abiturprüfung im Fach Wirtschaft/Politik

2.1 Checkliste für die mündliche Abiturprüfung im Fach Wirtschaft/Politik

Rechtsgrundlagen: OAPVO, Fachanforderungen Wirtschaft/Politik, insbes. die Anforderungen für die mündliche Abiturprüfung, S. 47.

- Der Schülerin / dem Schüler werden zwei problemgebundene Aufgaben vorgelegt, von denen nur eine mit Materialbearbeitung verbunden ist.
- Die Aufgaben für die mündliche Prüfung stellt die Prüferin oder der Prüfer im Einvernehmen mit der oder dem Vorsitzenden des Fachausschusses. Die oder der Vorsitzende des Fachausschusses kann eine Änderung der Aufgabenstellung verlangen.
- Die Aufgaben, die unterrichtlichen Voraussetzungen und die sich daraus ergebenden fachlichen Anforderungen der Aufgaben werden den Mitgliedern des Fachausschusses drei Unterrichtstage vor der mündlichen Prüfung ausgehändigt.

Kriterien	Bemerkungen
Aufgabenstellung Einzelne Aufgaben □ weisen über jeweils über den Themenbereich eines Halbjahres hinaus □ integrieren mindestens zwei der Betrachtungsebenen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft □ bilden eine thematische Einheit (keine unzusammenhängenden Teilaufgaben) □ umfassen nicht mehr als zwei Operatoren Gesamtaufgabe □ zielt auf eine eigenständige Leistung der Schülerin / des Schülers □ ist bezogen auf die Problemstellungen, Inhalte und Methoden der Oberstufe □ Aufgaben beschränken sich insgesamt nicht auf die Sachgebiete des 3./4. Halbjahres □ beide Aufgaben so kombiniert, dass alle drei Betrachtungsebenen berücksichtigt werden □ Schwerpunkte beider Aufgaben in unterschiedlichen Betrachtungsebenen □ Abdeckung aller drei Anforderungsbereiche Sprache □ korrekte Rechtschreibung, Grammatik, Zeichensetzung; angemessener Ausdruck und Fachsprache	
Material □ Textmaterial max.300 Wörter, Wortzahl angegeben (alternativ fachtypisches Material mit vergleichbarem Erschließungsaufwand) □ Gesamtumfang des Materials angemessen □ ggf. Kürzungen kenntlich gemacht □ klare Benennung und ggf. Nummerierung des Materials □ Zeilenzählung □ Quellenangaben (bei Internet-Materialien Zugriffsdatum angegeben) □ gute Erkennbarkeit bei Bildmaterial, Statistiken o.ä. □ ggf. Worterklärungen, Übersetzung bei fremdsprachigem Material	
Unterrichtliche Voraussetzungen / Erwartungshorizont □ die unterrichtlichen Voraussetzungen □ sich daraus ergebende inhaltliche und methodische Anforderungen der Aufgaben □ konkrete Beschreibung der erwarteten Prüfungsleistung	

2.2 Beispielaufgaben für die mündliche Abiturprüfung

a. Aufgabe I (mit Material): Sozialpolitik und soziale Sicherung

Aufgaben:

1. Erläutern Sie unter Einbeziehung von M1 und M2 Prinzipien und Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung in Bezug auf eine finanzielle Absicherung zukünftiger Rentnergenerationen.

2. Diskutieren Sie Auswege aus der „Krise“ der gesetzlichen Rentenversicherung.

M1: Tsunami in Zeitlupe

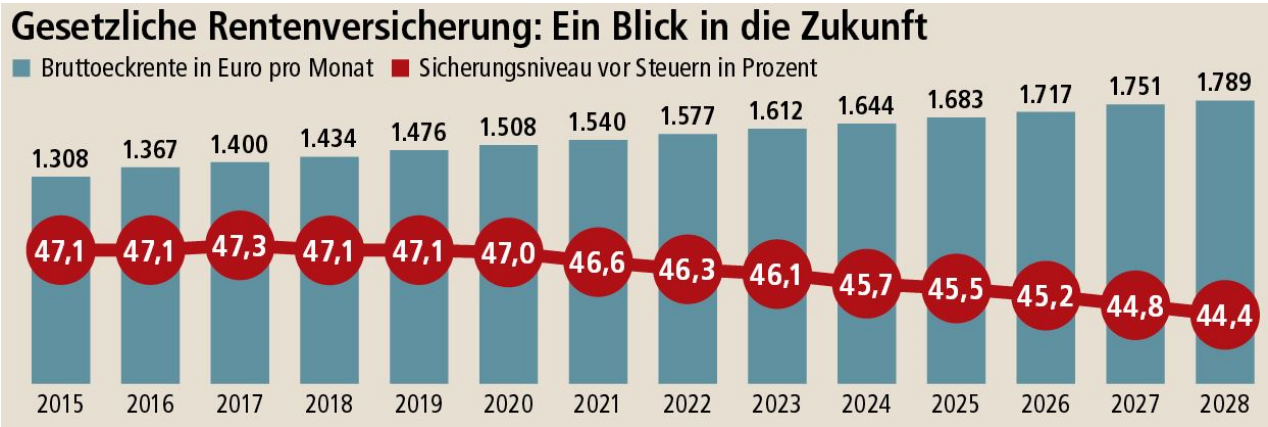
(…) Zum 1. Juli steigen die Renten um 4,25 Prozent im Westen und um 5,95 Prozent im Osten. Die Republik gönnt sich die größte Rentenerhöhung seit mehr als 20 Jahren. „Eine gute Nachricht“ sei das, sagt Sozialministerin Andrea Nahles, die umlagefinanzierte Rente bewähre sich. (…)
In der Rentendebatte ist es jetzt Zeit für ein „zooming out“[1]. Die Deutschen müssen das erschreckende Gesamtbild in den Blick nehmen. Schnell wird klar: Es geht um etwas sehr Großes, und mit dem einen oder anderen gut gemeinten Koalitionsbeschluss in Berlin wird sich da wenig ändern lassen. Zur Krise der öffentlichen addiert sich längst die Krise der privaten Vorsorgesysteme. Die neuartige Nullzinssituation lässt traditionelle Appelle zum Sparen für schlechte Zeiten ins Leere laufen, zudem zerkrümelt sie die Wohlstandserwartungen jener, die auf üppige Auszahlungen aus Lebensversicherungen oder Betriebsrentenkassen gehofft hatten.
Die Rentenkrise nähert sich, das ist die einzige gute Nachricht, nur in Zeitlupe. Mit ihrer Wucht und Breite aber wird sie vieles verändern, in allen entwickelten Staaten der Erde. Vordenker in der EU und in den USA, die derzeit die Risiken zusammenrechnen, wurden bereits blass: Staaten, Betriebe und Versicherungen schieben gigantische Rentenzusagen vor sich her, von denen niemand seriös sagen kann, wie sie in Zukunft eingehalten werden sollen. (…)
Ein neues Angstwort macht die Runde: „Global Retirement Crisis“, die globale Pensionskrise. Was der Kollaps von Lehman Brothers nicht geschafft hat, so warnen Denkfabriken, könne die Rentenkrise bewirken: den Zusammenbruch der modernen Finanzwelt. Die möglichen Gegenmaßnahmen sind allesamt hässlich. Kürzung von Staatsausgaben, Kürzung von Rentenansprüchen, Notfallfonds für Betriebsrenten. Nichts davon verspricht Popularität und Wählerstimmen. Die Rentenkrise wird zum doppelten Belastungstest: für die Finanzsysteme und für die Demokratie.

(271 Wörter)

Quelle: Matthias Koch, Tsunami in Zeitlupe, in: Kieler Nachrichten, 13.4.2016

[1] zoomimg-out meint hier: *sich von den Details lösen*

M2



Quelle: Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (iw-dienst), 41. Jg., Nr. 15, 9.4.2015

Unterrichtliche Voraussetzungen (Q2.2):

Im Unterricht in Q2.2 mit dem Themenbereich „Die Zukunft des Sozialstaates“ wurden das „Sozialstaatsgebot“ des Grundgesetzes und Prinzipien der sozialen Sicherung behandelt. Wichtige Merkmale der Sozialversicherungen wurden kurz thematisiert.

Ausführlicher wurde auf die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung eingegangen.

Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung waren nicht Gegenstand des Unterrichtes (Neuigkeitsaspekt).

Dem Prüfling sind die vorliegenden Materialien nicht bekannt.

Halbjahrübergreifender Bezug: Gesellschaftliche Herausforderungen im 21. Jahrhundert – „Demographischer Wandel“ (E2)

Erwartungshorizont:

Aufgabe 1: (AFB I und II)

Prinzipien der Rentenversicherung:

Der Prüfling benennt und erläutert folgende Prinzipien: Solidarprinzip, Äquivalenzprinzip und Generationenvertrag. Für die meisten Arbeitnehmer besteht Versicherungszwang zur Absicherung sozialer Risiken und die Arbeitgeber beteiligen sich zur Hälfte an den für diese umlagefinanzierte Altersabsicherung zu entrichtenden Beiträgen. Im Rahmen des Solidarprinzips sind Familienangehörige mitversichert und der Generationenvertrag (als Teil des Solidarprinzips) gewährleistet die Versorgung der gegenwärtigen Rentnergeneration durch die aktuell Beschäftigten. Da die GRV auch auf dem Äquivalenzprinzip basiert, wirken sich höhere Löhne und Gehälter auch entsprechend auf die Höhe der späteren Rente aus. Andererseits führt das Äquivalenzprinzip dazu, dass die zunehmende Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor später nur noch mit relativ niedrigen Renten rechnen kann.

Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung:

Im Gegensatz zu Sozialministerin Nahles, die davon spricht, dass sich „die umlagefinanzierte Rente bewähre“ (M1, Z.3), sieht der Autor von M1 Deutschland vor einer großen Rentenkrise stehen, die sich aber „nur in Zeitlupe“ (M1, Z.11) nähere. Laut der Prognose von M2 wird das Sicherungsniveau in der GRV zwischen 2015 und 2028 von 47,1% auf 44,4% sinken. Gegenwärtig beherrscht das Thema „Altersarmut“ die sozialpolitische Diskussion. Zukünftig wird sich die Finanzierung der GRV immer schwieriger gestalten, da einer wachsenden Zahl an Rentnern eine sinkende Anzahl an Beschäftigten (Beitragszahlern) gegenüberstehen wird (Gefährdung des Generationenvertrags) Zusammen mit der „Krise der privaten Vorsorgesysteme“ (M1, Z. 7) wird sich daher die finanzielle Absicherung zukünftiger Rentnergenerationen verschlechtern.

Es wird nicht erwartet, dass die Prüflinge näher auf die angesprochene „globale Pensionskrise“ (M1, Z.16) eingehen.

Aufgabe 2: (AFB III)

Der Prüfling diskutiert mögliche Auswege aus unterschiedlichen Perspektiven, wobei eine eigenständige Schwerpunktsetzung möglich ist.

Auswege aus der Perspektive der Versicherten:

- Erhöhung der Bundeszuschüsse
- Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze
- Ausdehnung der Versicherungspflicht auf weitere Bevölkerungsgruppen
- Berücksichtigung nicht nur der Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung, sondern auch anderer Einkunftsarten (z.B. Kapitalerträge)

Auswege aus der Perspektive der GRV:

- Erhöhung der Beitragssätze
- Weitere Absenkung des Rentenniveaus
- Ausdehnung der Versicherungspflicht auf andere Bevölkerungsgruppen

Auswege aus politischer Perspektive:

- Erhöhung des Renteneintrittsalters
- Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens

Eine abschließende Bewertung auf der Grundlage der geleisteten Argumentation wird erwartet.

Aufgabe II (ohne Material): Die Krise der Eurozone und die europäische Integration

Aufgaben:

1. Erläutern Sie grundsätzliche und aktuelle Probleme der Eurozone.
2. 2010 sagte Angela Merkel: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa."

   Nehmen Sie Stellung zu dieser Einschätzung.

Unterrichtliche Voraussetzungen (Q1.2):

Im Unterricht wurden in Q1.2 mit dem Themenbereich „Europa in Gegenwart und Zukunft" die Grundlagen des Binnenmarktes, die Konvergenzkriterien als Basis der Eurozone und die Eurokrise am Beispiel von Griechenland behandelt. In Grundzügen ist der Prüfling auch mit den Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Zentralbank vertraut.

Der Neuigkeitsaspekt liegt in der Einschätzung der Bedeutung des Euro für ein vereinigtes Europa.

Halbjahrübergreifender Bezug: Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat – „Finanzpolitik zwischen ausgeglichenem Haushalt und Verschuldung" (Q1.1)

Erwartungshorizont:

Aufgabe 1: (AFB I und II)

Erläuterung grundsätzlicher Probleme:

Mit der Einführung der Gemeinschaftswährung haben sich die ökonomischen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern nicht - wie erhofft - verringert, sondern verstärkt. Kritiker der Währungsunion bemängeln, dass man die Währungsunion nicht auch zu einer Transferunion entwickelt habe, die dann für einen geregelten Ausgleich dieser Unterschiede hätte sorgen können (in Analogie zum „Länderfinanzausgleich").

Problematisch ist ferner, dass in der Eurozone zwar eine supranationale Geldpolitik von der EZB betrieben wird, die Finanzpolitik aber weitestgehend in der nationalen Verantwortung der Mitgliedsländer liegt.

Erläuterung aktueller Probleme:

Der Prüfling erläutert am Beispiel von Griechenland oder eines anderen Landes der Eurozone, wie umstritten es ist, einem hochverschuldeten Land zu helfen, das sich auf den internationalen Finanzmärkten kein Geld mehr leihen kann.

Über den neu geschaffenen ESM konnte Griechenland Kredite mit niedrigen Zinsen und langen Laufzeiten beantragen, die durch die Troika (Kommission, EZB und IWF) genehmigt wurden. Politisch umstritten sind besonders in Griechenland die zahlreichen Sparmaßnahmen, die das Land als Gegenleistung für die Kredite umsetzen muss (z.B. Rentenkürzungen).

In den Staaten, die den ESM mitfinanzieren, ist vor allem das Ausmaß des Haftungsrisikos umstritten.

Ohne die Hilfen aus dem ESM wäre Griechenland sehr schnell in den Staatsbankrott geraten und möglicherweise aus der Eurozone ausgetreten.

Aufgabe 2: (AFB III)

Die Stellungnahme ist davon abhängig, wie der Begriff „Europa" definiert wird.

Bis zur Einführung des Euro gab es bereits eine Europäische Gemeinschaft. Wenn man Europa nur als einen Binnenmarkt versteht, ist die Ansicht der Kanzlerin nicht zutreffend.

Versteht man unter Europa jedoch eine Gemeinschaft, in der nationale Kompetenzen immer weiter zurückgedrängt werden, würde ein Scheitern des Euro jede weitere Integration stoppen; Europa würde zumindest partiell scheitern.

b Aufgabe I (mit Material): Die Fraktion DIE LINKE zum Bundeswehreinsatz in Syrien

Aufgaben:

1. Erarbeiten Sie die Argumentation und Position der Fraktion DIE LINKE zum Einsatz der Bundeswehr in Syrien.

2. Erörtern Sie, ob die Bundeswehr zu Kampfeinsätzen im Ausland eingesetzt werden sollte.

Die Fraktion DIE LINKE zum Bundeswehreinsatz in Syrien

Als Antwort auf den Terroranschlag von Paris am 13. November 2015 hatte der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung im Dezember 2015 beschlossen, den Luftkrieg der Allianz unter Führung der USA gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien militärisch zu unterstützen: mit Aufklärungs-Tornados, einem Tankflugzeug, einer Fregatte und bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten. Deutschland wurde aktiver Teil des Krieges in Syrien. Ende 2016 wurde das Mandat erneuert und erweitert (…). Die Fraktion DIE LINKE lehnt den Bundeswehreinsatz in Syrien ab. (…)

Die völkerrechtliche Legitimität für den Bundeswehreinsatz in Syrien ist nicht gegeben. Die Linksfraktion hat deswegen eine Klage gegen den Einsatz angestrengt. Weder liegt eine UNO-Resolution nach Kap. 7 VN-Charta vor, noch eine Anforderung der syrischen Regierung. Ein kollektives Verteidigungsrecht im Sinne des Artikels 51 VN-Charta liegt ebenfalls nicht vor, denn Frankreich wurde am 13. November 2015 Opfer eines barbarischen Terroraktes, jedoch nicht eines militärischen Angriffs von außen. Die Attentäter waren Franzosen und Belgier.

Erschwerend kommt dazu, dass die Bundeswehrsoldaten an ihrem Stationierungsort in der Türkei nicht von allen Bundestagsabgeordneten, die das wünschen, besucht werden können. Die türkische Regierung hat dies bereits Abgeordneten der Linksfraktion versagt. Das stellt die Bundeswehr als Parlamentsarmee in Frage.

Die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror" seit 2001 zeigt, dass Terror militärisch nicht eingedämmt oder gar beseitigt werden kann. Mit jedem getöteten Zivilisten wächst die Empörung gegen den Westen und es wachsen neue Terroristen nach. Die Länder, in denen dieser Krieg geführt wird, wurden destabilisiert. Die Situation für ihre Bevölkerungen wurde noch unerträglicher, viele mussten fliehen. Im Umfeld zerfallener Staaten gedeihen radikale Ideologien und erhalten islamistische Terrorgruppen erst recht ungebremsten Zulauf. Deutschland muss aus dieser Gewaltspirale aussteigen.

Deutschland muss endlich seine Waffenlieferungen an die Türkei und die Golfstaaten einstellen, die Kriegsparteien in Syrien bekanntermaßen finanziell und mit Waffen unterstützen. Ein internationales Waffenembargo über die gesamte Region wäre eine vordringliche Maßnahme, um den Krieg auszutrocknen. (…)

(309 Wörter)

www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/bundeswehreinsatz-in-syrien (letzter Zugriff: 28.01.2017

Unterrichtliche Voraussetzungen (Q2.1):

Die Rolle und Funktion der Bundeswehr wurde im Rahmen des Themenbereichs „Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik im 21.Jahrhundert“ (Q2.1) behandelt. Der grundlegende Inhalt „Die deutsche Außenpolitik“ thematisierte besonders die Neuausrichtung der Bundeswehr als Interventionsarmee und befasste sich mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr am Beispiel Afghanistan. Im Rahmen des grundlegenden Inhalts „Transnationaler Terrorismus als globale Friedensbedrohung“ sind Ursachen und die Entstehung von Terrorismus erarbeitet worden.

Über das Halbjahr weist der grundlegende Inhalt aus E1 „Bedrohungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (politisch und religiös motivierter Extremismus)“ hinaus.

Neben der politischen Betrachtungsebene wird die gesellschaftliche Betrachtungsebene einbezogen, indem sowohl die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in der Kriegsregion als auch innenpolitische Reaktionen in Deutschland Berücksichtigung finden können.

Der Neuigkeitsaspekt dieser Aufgabe ist in der Auseinandersetzung mit der Position der LINKEN zu sehen, die im Unterricht nicht behandelt wurde.

Dem Prüfling sind die vorliegenden Materialien nicht bekannt.

Erwartungshorizont

Aufgabe 1: (AFB I und II)

Erarbeitung der Argumentation:

- Einleitend: Nennen der Quelle.
- Ablehnung des Bundeswehreinsatzes aufgrund fehlender völkerrechtlicher Legitimation (Z. 7ff), fehlender Kontaktmöglichkeit von Abgeordneten zu den Soldaten (Parlamentsarmee)
- Leiden der Zivilbevölkerung.
- Einsatz des Militärs als Teil des Problems: Destabilisierung der Staaten, Zulauf zu terroristischen Gruppierungen wird gefördert.
- Verweis auf die negative Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ seit 2001.

Erarbeitung der Position:

- Ablehnung aller Bundeswehrauslandseinsätze, Forderung nach politischen Lösungen, Einstellung der Waffenlieferungen an die Türkei und die Golfstaaten, internationales Waffenembargo für die gesamte Region.

Aufgabe 2: (AFB III)

Pro- Argumente:

- Den Bündnisverpflichtungen in der NATO und der UN nachkommen.
- Gestiegene internationale Verantwortung und Bedeutung Deutschlands auch militärisch wahrnehmen.
- Globale Herausforderungen (Terrorismus) erfordern multinationale Zusammenarbeit.
- Militärische Interventionen nötig, besonders bei Menschenrechtsverletzungen zum Schutz der Zivilbevölkerung (R2P).

Kontra-Argumente:

- Prävention statt Intervention.
- Gewaltverbot der UN-Charta, Achtung der Souveränität der Staaten.
- Aufgewandte Mittel sollten besser in wirtschaftliche und entwicklungspolitische Projekte investiert werden.
- Terroristen wachsen als Staatsbürger der Zielländer auf und sind militärisch nicht zu bekämpfen.

Abschließende begründete Bewertung.

Aufgabe II (ohne Material): Der Überschuss im Bundeshaushalt 2016 – Möglichkeiten seiner Verwendung

Aufgaben:

1. Erläutern Sie, welche Aufgaben die Steuerpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft sowie im Sozialstaat hat.
2. Der Bund hat das Haushaltsjahr 2016 mit einem Überschuss von 6,2 Mrd. Euro abgeschlossen. Dies hat eine lebhafte Debatte über die Verwendung des Geldes ausgelöst.

   Diskutieren Sie unterschiedliche Möglichkeiten der Verwendung dieses Haushaltsüberschusses unter Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Konzeptionen.

Unterrichtliche Voraussetzungen (Q1.1):

Im Kurshalbjahr Q1.1 wurde im Rahmen der grundlegenden Inhalte „Konkurrierende wirtschaftspolitische Konzeptionen“ und „Finanzpolitik - zwischen ausgeglichenem Haushalt und Verschuldung“ die Soziale Marktwirtschaft behandelt. Dabei wurde auch auf die Rolle des Staates und die staatliche Fiskalpolitik eingegangen („Steuerpolitik als Gestaltungsinstrument“). Als Basis für die Erarbeitung dieser Aufgabe dient der grundlegende Inhalt aus E3 „Die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft“ sowie der aus Q2.2 „Entwicklung und Grundprinzipien des deutschen Sozialstaates“.

Der Neuigkeitsaspekt liegt in der Verknüpfung fiskal- und sozialpolitischer Aspekte bezogen auf die Verwendung des aktuellen Haushaltsüberschusses.

Erwartungshorizont

Aufgabe 1: (AFB I und II)

- Der Prüfling erläutert die Grundprinzipien und die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaates. In der Sozialen Marktwirtschaft nimmt der Staat die Aufgabe des Rahmengebers von marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsprozessen wahr. Ziel ist es hier, die nicht erwünschten negativen Effekte einer freien Marktwirtschaft zu verhindern. Der Staat schafft den Rechtsrahmen, sichert den Wettbewerb, etabliert aber auch ein System der sozialen Sicherung. Dieses System ist durch das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes abgesichert. Grundprinzipien des Sozialstaates sind das Solidaritäts- und das Subsidiaritätsprinzip.
- Ziel des bundesdeutschen Steuersystems sind Bedarfsdeckung, Umverteilung und Konjunktursteuerung durch den Staat. Durch das Steuersystem, die Sozialabgaben und staatliche Transferleistungen soll ein sozialer Ausgleich innerhalb der Gesellschaft erreicht werden.

Aufgabe 2: (AFB III)

- Der Prüfling erläutert die Grundsätze angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik. Entsprechend der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik würden Überschüsse als Konjunkturrücklage und zum Schuldenabbau eingesetzt (antizyklische Konjunkturpolitik). Gemäß der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik würden Steuersenkungen für Unternehmen umgesetzt werden, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern (Anreiz für Investitionen).
- In der Diskussion können neben wirtschafts- auch sozialpolitische Überlegungen zur Verwendung des Haushaltsüberschusses (z.B. Investitionen im Bildungsbereich) berücksichtigt werden.
- Der Prüfling kommt zu einem begründeten Urteil.

3. Vorschläge für Unterrichtseinheiten zu den Themenbereichen der Sekundarstufe II

Einführungsphase	
Themenbereiche der Fachanforderungen	**Unterrichtseinheiten zu den Themenbereichen der Fachanforderungen**
E1: Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland	Demokratie - Herrschaft zum Wohle aller?
E2: Gesellschaftliche Herausforderungen im 21. Jahrhundert	Migration und Gesellschaft - eine Herausforderung mit Erfolgsaussichten?
E3: Die Soziale Marktwirtschaft zwischen Kontinuität und Wandel	Die Soziale Marktwirtschaft - eine Balance zwischen Freiheit und staatlicher Reglementierung?
Qualifikationsphase	
Q1.1: Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat Es gibt Überschneidungen zum Wahlthemenbereich Q2.5: Ökonomie und Ökologie.	Der Staat - Garant für Wachstum und Wohlstand? Es gibt Überschneidungen zum Wahlthemenbereich Q2.5: Ökonomie und Ökologie. Dies ist bei der Unterrichtsplanung zu berücksichtigen.
Q1.2: Europa in Gegenwart und Zukunft	Die Europäische Union - handlungsfähiger Akteur oder Spielball nationaler Interessen?
Q2.1: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert	Profilgebendes Fach mit verbindlichen Grundlegenden Inhalten: • Die internationale Staatengemeinschaft - passiver Zuschauer in einer von Konflikten geprägten Welt? Grundlegendes Fach mit Schwerpunktsetzung aus den Grundlegenden Inhalten: • Syrien - Ist Frieden möglich? • ‚Failed States' - Die internationale Staatengemeinschaft im Spannungsfeld humanitärer Verantwortung und wirtschaftlicher Interessen
Q2.2: Die Zukunft des Sozialstaates	Der Sozialstaat auf dem Prüfstand: Das Gesundheitssystem - leistungsfähig und gerecht oder reformbedürftig?

Die folgende Übersicht veranschaulicht den **Aufbau der einzelnen Unterrichtseinheiten**:

Beispielhafte Problematisierung des Themenbereichs der Fachanforderungen …..			
Stunde ……	Beispielhafte Problematisierung der Themen ……	Grundlegende Inhalte (Fettdruck) …… Hinweise auf Vertiefende Inhalte (Kursivdruck) …..	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte ……
Stunde ….	Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen aus der Unterrichtseinheit anhand von Kriterien, z.B. …		Beispiele für Aufgabenstellungen (AFB III) ….

In der Randspalte sind zur Orientierung die jeweils benötigten Unterrichtsstunden angegeben unter Berücksichtigung des gesamten zur Verfügung stehenden Stundenkontingents.

Im Unterricht auf grundlegendem Niveau wird in der Einführungs- und in der Qualifikationsphase in der Regel von 2 Wochenstunden ausgegangen.

Das Profilgebende Fach verfügt in der Einführungsphase über 3 und in der Qualifikationsphase über 4 Wochenstunden.

Die erste Spalte enthält beispielhafte Problematisierungen der Themen aus den Fachanforderungen.

Ihnen sind in der zweiten Spalte die jeweiligen „Grundlegenden Inhalte“ (Fettdruck) aus den Fachanforderungen mit zusätzlichen Erläuterungen zugeordnet. Verschiedentlich werden auch Hinweise für geeignete „Vertiefende Inhalte“ (Kursivdruck) gegeben.

In der dritten Spalte werden „Beispielhafte Konkretisierungen der Grundlegenden Inhalte“ aufgezeigt. Sie sind so angelegt, dass auf ihrer Grundlage das jeweilige Thema (erste Spalte) bearbeitet werden kann.

Am Ende jeder Unterrichtseinheit werden beispielhaft Aufgaben zur abschließenden Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand bestimmter Kriterien, z. B. Handlungsspielräume, Wirtschaftlichkeit, Interessenqualität und Leistungsfähigkeit (Effizienz) sowie Gemeinwohl und Gerechtigkeit (Legitimität), aufgeführt. Diese Aufgaben veranschaulichen Möglichkeiten zur vertiefenden Ausbildung der Urteilskompetenz (Sach- und Werturteil, AFB III).

E1: Demokratie - Herrschaft zum Wohle aller?

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1-4	**Demokratie - Gibt es Grenzen für den Volkswillen?**	**Demokratiemodelle** - Repräsentative Demokratie - Direkte Demokratie *(bspw. Volksentscheid, Bürgerbegehren)* - Nutzen und Probleme direktdemokratischer Verfahren	- Welche Vorstellungen von Demokratie haben die SuS? - Welche Werte gelten in einer Demokratie? - Führen Volksabstimmungen zu mehr Demokratie/ Partizipation?
	Demokratie - Welchen Rahmen schafft das Grundgesetz?	**Verfassungsgrundsätze als Basis der Demokratie** - Staatsstrukturprinzipien *Vertiefender Inhalt: Vergleichende Betrachtung von präsidentiellem und parlamentarischem Regierungssystem*	- Grundrechte - Rechtsstaatlichkeit - Horizontale und vertikale Gewaltenteilung - wirksamer Schutz vor Machtmissbrauch? - Sichert das Grundgesetz die ‚Wehrhafte Demokratie'?
5/6	**Das Bundestagswahlrecht - transparent und demokratisch?**	**Wahlsystem der Bundesrepublik** - Mehrheits- und Verhältniswahl: repräsentative Ergebnisse demokratischer Wahlen - Personalisierte Verhältniswahl - Erst- und Zweitstimme	- Wozu wählen? - Jugend zwischen politischem Engagement und Politikverdrossenheit - Beeinflusst das Wahlsystem das Ergebnis? - 5%-Klausel - Sicherung der Funktionsfähigkeit oder Missachtung des Wählerwillens? - Welche Bedeutung hat die Stimme/ haben die Stimmen der SuS?
7/8	**Der Bundestag - unabhängige oder abhängige Volksvertreter?**	**Gewaltenteilung in Theorie und Praxis** - Imperatives oder freies Mandat? - Kontrollrechte des Bundestags	- Der/ Die Abgeordnete zwischen Gewissens-entscheidung und ‚Fraktionsdisziplin' - Welche Verantwortung hat ein/e Abgeordnete/r gegenüber den Wählerinnen und Wählern?

9-12	**Gesetzgebung - transparent und effizient?**	**Das Modell des Politikzyklus** **Die Gesetzgebung im Spannungsfeld parlamentarischer und außerparlamentarischer Akteure**	- Warum braucht eine demokratische Gesellschaft Gesetze? - Wie entsteht ein Gesetz? - Fallbeispiel zur Gesetzgebung (z.B. Copyright-Gesetz) / Wer nimmt mit welchen Interessen Einfluss? - Lobbyismus - Beteiligung Betroffener oder undemokratischer Einfluss?
13-16	**Föderale Politik - notwendige Vielfalt?**	**Föderales System der Bundesrepublik Deutschland in der Diskussion** - Vor- und Nachteile des Föderalismus	- Föderalismus - auf welche Ebene gehört ein Problem? Kompetenzen von Bund, Ländern und Kommunen Fallbeispiel: Bildungspolitik im Vergleich
17/18	**Die Rolle der Medien in der Demokratie - zwischen Kontrolle und Beeinflussung**	**Gewaltenteilung in Theorie und Praxis** - Funktionen der Medien - Verhältnis von Politik und Medien - Medien als ‚vierte Gewalt'? *Vertiefender Inhalt: Agenda Setting - Thematisierungsfunktion der Massenmedien*	- Medien als Mittler oder Macher? - Inszenierung von Politik - eine ‚Win-win-Situation' für beide Seiten? (z.B. Politainment) Fallbeispiel: Die Rolle von „Social Media", z.B. in Wahlkämpfen
19/20	**Grundwerte im Widerstreit - Muss man der Freiheit Grenzen setzen?**	**Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** - Das Freiheitsverständnis des Grundgesetzes	- Die Freiheit des Einzelnen und ihre Grenzen - Rechtfertigt Terrorgefahr eine Verschärfung der Gesetze? Fallbeispiel: präventive Rasterfahndung
21/22	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Machtkonstellation, Nutzenqualität und Funktionsfähigkeit (Effizienz) sowie Transparenz, Partizipation, Mitbestimmung und Demokratiequalität (Legitimität).		Prüfen Sie, ob unsere Demokratie hinreichende Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger bereithält. Oder: Erörtern Sie Vor- und Nachteile einer Verschärfung von Gesetzen zur Terrorabwehr.

E2: Migration und Gesellschaft - eine Herausforderung mit Erfolgsaussichten?

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1/2	**Der Mensch - ein soziales Wesen?**	**Prozess der Sozialisation** - Merkmale der Ausbildung sozialer Identität - Dynamik von Gruppenprozessen	 - Ich + andere = Wir? - Menschliches Handeln: solidarisch oder egoistisch? - Was bedeutet Solidarität für die SuS? - Gruppenbildung - zwischen Anpassung und Entfaltung? (z.B. Profilkurswahlen)
		Soziales Handeln in der Gesellschaft - Homo- und Heterogenität von Gruppen	 - Wie definieren sich Gruppen? Wovon werden Gruppen geleitet? - Zwei Seiten einer Medaille: Exklusion und Inklusion (z.B. Ausgrenzung, Toleranz, Akzeptanz)
3/4	**Herausforderung: Migration**	**Gesellschaftliche Aspekte der Migration** - Kulturelle, religiöse und normative Diversität	 - Gefühlte Wahrheit: Ansichten, Stimmungen, Perspektiven von Migranten und der aufnehmenden Gesellschaft - Was ist ‚fremd' an Migranten? Welche Erwartungen hat die Gesellschaft ihnen gegenüber?
		Politische (und rechtliche) **Aspekte der Migration** - Grund- und Menschenrechte - Asylrecht [Vorgriff auf Q1.2]	 - Welche rechtlichen Bestimmungen gelten für Migranten? - Gibt es ein Menschenrecht auf Asyl?
5/6	**‚Vergreisung' Deutschlands - Migration als Lösung des demografischen Problems?**	**Demografischer Wandel** - Ursachen und Auswirkungen - Generationenvertrag *Vertiefender Inhalt: Zukunftsszenarien des demografischen Wandels*	 - Alterspyramide - Sterben wir aus? - Solidarisches Handeln zwischen den Generationen: das Umverteilungsprinzip

		Wirtschaftliche Aspekte der Migration - Wirtschaftliche Effekte der Migration in Anknüpfung an den Generationenvertrag (z.B. Verjüngungseffekt, Leistungs- und Bedarfsbilanz)	- Altersstruktur der Migranten - Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials mit und ohne Zuwanderung - Mit Migranten dem Fachkräftemangel entgegenwirken?
7/8	**Herausforderung: Integration**	**Politische und gesellschaftliche Aspekte der Migration** - Herkunft, Qualifikation und Bildungszugang der Migranten *Vertiefender Inhalt: Zwischen Asylrecht und nutzengesteuerter Einwanderungspolitik*	- Staatliche Integrationsmaßnahmen - Integrationsbemühungen („Willkommenskultur“?) versus Integrationshemmnisse - Wie funktioniert Integration in der Kommune? (z.B. Schule, Sportverein, etc.)
9-14	**Soziale Ungleichheit - naturgegeben oder veränderbar?**	**Merkmale und Modelle sozialer Differenzierung** im Vergleich - Bildungsabschlüsse, Beruf, Einkommen und Vermögen, Geschlecht, Herkunft, Migrationshintergrund, Partizipationsmöglichkeiten - Schichtmodelle und Milieus - Migranten als soziale Randgruppe? *Vertiefender Inhalt: Zwischen neuer Klassengesellschaft und Individualisierung sozialer Ungleichheiten*	- Soziale Ungleichheit - eine Frage des Geldes? - Armut und Reichtum - Öffnet sich die Schere? - Lernen an Modellen - Wie lässt sich eine Gesellschaft abbilden? - Wie ist unsere Gesellschaft strukturiert?
		Soziale Mobilität - Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Mobilität	- Ich will aufwärts! - Steckt der Fahrstuhl fest? Beispiele unterschiedlicher Berufs- und Bildungsbiografien
15/16	**Gerechtigkeit - Wer hat, dem wird gegeben?**	**Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit** - Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit	- Bildungsgerechtigkeit für alle? - Anspruch und Wirklichkeit - (Wie) funktioniert die Umverteilung von Vermögen? (z.B. Steuerprogression)
17/18	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Menschenrechte, Partizipation und Gerechtigkeit (Verantwortung) und Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit und Stabilität (Verantwortbarkeit).		**Erörtern** Sie, inwieweit Integration von Migranten gelingen kann.

E3: Die Soziale Marktwirtschaft - eine Balance zwischen Freiheit und staatlicher Reglementierung?

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1/2	**Der Homo oeconomicus - ein realitätsfernes Menschenbild?**	**Homo oeconomicus** - Ökonomische Modellbildung - der Mensch als rationales Wesen?	- Wie verhalten sich wirtschaftlich handelnde Menschen? - Stimmt ihr Verhalten mit der Theorie überein? (Modellkritik) Beispiel: Konsumverhalten von Gruppen
3-8	**Der Konsument in den Wirtschaftsordnungen - souverän oder gesteuert?**	**Prinzipien der Zentralverwaltungswirtschaft und der freien Marktwirtschaft** - Aufgaben einer Wirtschaftsordnung (Planung, Lenkung, Preisbildung) - Schwächen und Stärken der freien Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungs-wirtschaft - Die „unsichtbare Hand“	- Optimale Versorgung durch freie Marktwirtschaft? - Effizientes Wirtschaften durch Zentralverwaltungs-wirtschaft?
		Konsumenten- und Produzentensouveränität - Einfluss der Werbung/ Marketingstrategien *Vertiefender Inhalt: Preiselastizitäten*	- Rückbezug: Homo oeconomicus - AIDA (Werbewirkungsprinzip) - Der Kunde als König? - Ich kaufe, was ich will und was ich brauche?
9-12	**Die Soziale Marktwirtschaft als ‚*dritter Weg*‘?**	**Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft** - Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft - Historische und theoretische Grundlagen **Die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft** - Aufgaben/Pflichten des Staates *Vertiefender Inhalt: Staatsquote, staatliche Transferleistungen*	- Marktkonformitätsprinzip, Sozialstaatsprinzip, Wettbewerbsprinzip - Wie will die Soziale Marktwirtschaft „Wohlstand für alle“ schaffen? (z. B. Eucken, Erhard, Müller-Armack) - Soziale Sicherung, sozialer Ausgleich, Verbraucherschutz, Wettbewerbsschutz, Arbeitnehmerschutz: Wird der Staat seinen Aufgaben gerecht?

13/14	**Akteure und Märkte: verteilte Rollen, identische Ziele?**	**Die Beziehungen zwischen Akteuren und Märkten: der erweiterte Wirtschaftskreislauf**	- Rolle und Zielvorstellungen der privaten Haushalte, der Banken, des staatlichen Sektors
15-20	**Unternehmenskonzentration: Bedrohung für den Wettbewerb?**	**Marktmodell und Marktformen** - Vollkommene und unvollkommene Märkte	- Wozu brauchen wir Märkte? - Wie sieht die Marktwirklichkeit aus? (Grenzkosten, Preiselastizität)
		Freier Wettbewerb und Konzentration im Widerstreit - Funktionen des Wettbewerbs - Staatliche Wettbewerbspolitik	- Unternehmenskonzentration in Deutschland an ausgewählten Beispielen - Was leisten Kartellbehörden? Fallbeispiel: Supermärkte in Deutschland
21/22	**Soziale Marktwirtschaft - ideale Grundlage für Partizipation?**	**Tarifautonomie** - Tarifautonomie zwischen Anspruch und Wirklichkeit	- Grundgesetzregelung (Art. 9 Abs. 3 GG) - Lohngerechtigkeit - gleiche Arbeit, gleicher Lohn? Fallbeispiel: Mindestlohn, Gleichbehandlungsgrundsatz
23/24	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Handlungsspielräume, Leistungsfähigkeit (Effizienz) sowie Sozialstaatlichkeit und Gemeinwohl (Legitimität).		**Prüfen** Sie an ausgewählten Beispielen, ob die Soziale Marktwirtschaft als „dritter Weg“ innerhalb der Wirtschaftsordnungen gelten kann. Oder: **Beurteilen** Sie, ob der freie Wettbewerb als Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet ist.

Q1.1: Der Staat - Garant für Wachstum und Wohlstand?

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1/2	**Interessenkonflikte am Markt und die Rolle des Staates**	**Wirtschaftspolitische Zielsetzungen und Zielkonflikte** - Funktion (Rückbezug E3) von Märkten - Grenzen von Märkten und Marktversagen - Akteure (besonders Staat und Unternehmen) - Gesetz für Stabilität und Wachstum - ‚Magisches Vieleck' *Vertiefender Inhalt: Deutsche Exportüberschüsse - Wohlstand für das In- und Ausland?*	- Was kann ein Markt leisten? - Welche Faktoren können zu einem Marktversagen führen? Fallbeispiel: Fischfangquoten; Energiemarkt - Welche Ziele verfolgt der Staat? - Gibt es unterschiedliche Interessenlagen zwischen den Akteuren am Markt und dem Staat? - Zielbeziehungen im ‚Magischen Vieleck': Ergänzen oder behindern sich Ziele?
3/4	**Wirtschaftswachstum: Wachstum gleich Wohlstand?**	**Indikatoren zur Messung von Wohlstand** - Konjunkturindikatoren - Konjunkturzyklus - Einkommensverteilung und Wohlstandsindikatoren *Vertiefender Inhalt: Alternative Wohlstandsindikatoren*	- Welche Faktoren bestimmen Wirtschaftswachstum und Konjunkturschwankungen? - Wie aussagekräftig sind das BIP, der GINI-Koeffizient und die Lorenz-Kurve? - Wie groß ist unser „ökologischer Fußabdruck"?
5/6	**So wenig Staat wie möglich?**	**Konkurrierende wirtschaftspolitische Konzeptionen** - Angebotsorientierung (Friedmann) - Nachfrageorientierung (Keynes)	- Welche Aufgaben hat der Staat? - Welche Rolle wird dem Markt zugeschrieben? - Welche Rolle soll der Staat einnehmen?
7-10	**Kontinuierliches Wachstum als Voraussetzung für hohe Beschäftigung?**	**Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik** - Formen der Arbeitslosigkeit - Deregulierung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitnehmer - Zielsetzungen von Konjunkturpaketen	- Wie greift der Staat in den Arbeitsmarkt ein? (z.B. Verbindlichkeit von Tarifverträgen, Mindestlohn) - Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Wer profitiert von den Maßnahmen? Fallbeispiel: Prämie für E-Mobilität; Abwrackprämie

11-14	**Konsolidierung oder Ausgabenpolitik?**	**Finanz- und Steuerpolitik** - Bundeshaushalt und Staatsverschuldung *Vertiefender Inhalt: Die Schuldenbremse im GG* - Antizyklische Fiskalpolitik	- Wie finanziert sich der Staat? - Wofür setzt er die Geldmittel ein? - Sind Schulden ein geeignetes finanzpolitisches Instrument?
		Steuerpolitik als Gestaltungsinstrument	- Steuersenkungen: förderlich für Wachstum und Beschäftigung?
15-18	**Umweltpolitische Maßnahmen: wettbewerbsfeindlich oder innovationsfördernd?**	**Umweltpolitik als Herausforderung** - Umweltpolitische Instrumente der Unternehmen und des Staates	- Greenwashing als Wettbewerbsvorteil? - Fördern Steuervorteile Innovationsprozesse? - Verfälschen Steuervorteile den Wettbewerb? Fallbeispiel: E-Mobilität, Energiewirtschaft
19-22	**Welches Wachstum brauchen wir?**	**Wachstum und Nachhaltigkeit** - Strukturwandel - „Vierte industrielle Revolution“ Rückbezug: Alternative Wohlstandsindikatoren	- Vor welchen Herausforderungen stehen wir? - Gibt es „jobless growth“? - Wieviel Beschäftigung ist möglich/ nötig? - Was bedeutet Nullwachstum? Fallbeispiel: Wirtschaften ohne Abfall (Recycling-Upcycling)
23/24	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Handlungsspielräume, Wirtschaftlichkeit, Interessenqualität und Leistungsfähigkeit (Effizienz) sowie Gemeinwohl und Gerechtigkeit (Legitimität).		**Diskutieren** Sie die Aussage „So wenig Staat wie möglich?“ vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Arbeitswelt.

Q1.2: Die Europäische Union - handlungsfähiger Akteur oder Spielball nationaler Interessen?

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1-4	**Die EU - gerüstet für die Zukunft?**	**Motive und Leitbilder der europäischen Einigung**	- Welche Vorstellungen von einem vereinigten Europa haben die SuS? - Prägende Leitbilder, z.B. Churchill, Schumann
		Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union *Vertiefende Inhalte: Europa - eine Grundrechte- und Wertegemeinschaft? Integrationskonzepte zwischen Realismus und Idealismus*	- Von der EGKS zur EU: Phasen und Herausforderungen
5-12	**CO_2-Neuwagenverordnung - ein Beispiel für demokratisches und effizientes Handeln innerhalb der EU?**	**Gesetzgebungsprozesse zwischen Supranationalität und Nationalstaatlichkeit** *Vertiefender Inhalt: Europäische Gesetzgebung und Interessenverbände*	- Politikzyklus: Konflikt um die CO_2-Neuwagenverordnung - Welche Interessenlagen spielen eine Rolle? - Worin besteht der (supranationale) Regelungsbedarf? - Wie wirken die europäischen Institutionen bei dem Gesetzgebungs-prozess mit? (Kommission, Parlament, „Ministerrat“, Rat) - Ist der Gesetzgebungs-prozess effizient?
		Vertiefender Inhalt: Der EUGH - ein Motor der europäischen Integration?	- *EuGH - Darf die Judikative Integration gestalten?*
		Entscheidungsstrukturen und Demokratiedefizite in der EU	- Gibt es Demokratiedefizite im Gesetzgebungsprozess? - Politikergebnisse zwischen Minimalkonsens und maximaler Regelungs-absicht (z.B. in der Umwelt-politik, in der Energiepolitik) - Welche Mitwirkungs-möglichkeiten haben die europäischen Bürger?
13-20	**Der Euro - eine Erfolgsgeschichte?**	**Die EWWU - Chancen und Risiken einer einheitlichen europäischen Währung**	- Welche Vorteile bietet die gemeinsame Währung? - Gemeinsame Geldpolitik bei wirtschaftlicher Heterogenität?

		Der europäische Stabilitäts-pakt zwischen Norm und Realität	- Werden die Ziele des Stabilitätspaktes erreicht?
		Nationale Schuldenkrisen als Herausforderung für die EU	- Geldpolitik: Kann man zwischen Preisniveaustabilität und Wachstum wählen? - EZB - zwischen Geldmengensteuerung und Konjunkturpolitik - Die EU als Transferunion: Mehr Wohlstand für alle? - Kann eine Währungsunion ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanz-politik erfolgreich sein?
21-30	**Flüchtlingspolitik - Prüfstein für die EU?**	**Migration nach Europa - Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik** *Vertiefender Inhalt: Asylrecht als ein europäisches Grundrecht?*	- Flüchtlingspolitik der EU: a) Problemdimension EU: Unsolidarische EU? - Reformbedürftigkeit des Dublin-Verfahrens - Re-Nationalisierung: Grenzschließungen als Gefahr für Binnenmarkt und Freizügigkeit? b) Problemdimension Flucht: Lassen sich humanitäre Ansprüche und „Sicherung der Außengrenzen“ vereinbaren? Möglichkeiten einer gemeinsamen Migrationspolitik
		Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	- Die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur - Kann sie wirksam Fluchtursachen bekämpfen? Fallbeispiel: Libyen
31-34	**Muss Europa neu gedacht werden?**	**Die EU zwischen Vertiefung und Europaskepsis** *Vertiefender Inhalt: Zukunftsszenarien für Europa*	- „Brexit“ - Weckruf oder Anfang vom Ende der EU? - Welche EU wollen wir? - *Zukunftsszenarien und Integrationskonzepte*
35/36	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Handlungsspielräume, Wirtschaftlichkeit, Interessenqualität und Leistungsfähigkeit (Effizienz) sowie Transparenz, Partizipation, Gemeinwohl und Demokratiequalität (Legitimität).		**Beurteilen** Sie die Flüchtlings-politik der EU entlang der Kriterien Selbstbestimmungs-recht der Nationalstaaten und solidarische Lastenteilung. Oder: **Diskutieren** Sie Chancen und Risiken einer gemeinsamen Währungsunion.

Q2.1: Die internationale Staatengemeinschaft - passiver Zuschauer in einer von Konflikten geprägten Welt? (Profilgebendes Fach)

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1/2	**Die Struktur der internationalen Beziehungen: Gleichberechtigte Staaten oder hegemoniale Ordnung?**	**Das internationale System zwischen Bi- und Multipolarität** - Veränderung der Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges **Vom negativen zum positiven Frieden**	- In welcher Weltordnung leben wir? - Wer sind die entscheidenden Akteure? - Gibt es Anzeichen für einen neuen Kalten Krieg? - Ist Nicht-Krieg gleichbedeutend mit Frieden?
3-10	**Die Vereinten Nationen: Anwalt des Weltfriedens oder zahnloser Tiger?**	**Entwicklung und Strukturen der internationalen Organisation am Beispiel der Vereinten Nationen** - Das Völkerrecht - Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der UN: zwischen nationalen und supra-nationalen Interessen - Gewaltmonopol: zwischen Anspruch und Wirklichkeit	- Souveränität und Selbstbestimmungsrechte - Die UN: Die Generalversammlung als Weltparlament? - Ein Land - eine Stimme? - Möglichkeiten und Grenzen von Friedensmissionen - Der Generalsekretär: General oder Sekretär?
		Der UN-Sicherheitsrat zwischen Blockade und Kooperation - Vorschläge und Umsetzungschancen für die Reform des Sicherheitsrates	- Der Sicherheitsrat: die Weltregierung?
		Konfliktanalyse - Konfliktparteien, Konfliktlinien, Konfliktursachen	- Konfliktanalyse (z. B. Mali, Sudan) - Wer verfolgt welche Interessen? - Welche Bündnisse gibt es?
11/12	**Humanitäre Interventionen zum Schutz der Menschenrechte?**	**Internationale Schutzverantwortung - neue Wege zur Friedenssicherung?** - Zentrale Elemente des Responsibility to Protect (R2P) - Prinzips *Vertiefender Inhalt: (Wie) kann ‚state building' gelingen? Die Suche nach einer neuen Weltordnung*	- Soll/ Darf sich die UNO/ NATO/ EU in Konflikte anderer Staaten einmischen? - Kann ein Werte- und Demokratieexport funktionieren?

13/14	**Ressourcen als Konfliktursache?**	**Ressourcenkonflikte** - Ressourcenknappheit und Verteilungskämpfe, z.B. Öl oder Wasser	- Wirtschaftliche Interessen und Engagement in der Region: Welche Zusammenhänge gibt es?
15-24	**Staatszerfall: ein Nährboden für Terrorismus und eine Gefahr für westliche Demokratien?**	**Staatszerfall und neue Kriege** - Merkmale und Probleme - Asymmetrische Kriegsführung	- Von der Krise zum Staatszerfall - Ursachen, Interessen, Gegnerschaft und Mittel der Kriegsführung
		Transnationaler Terrorismus als globale Friedensbedrohung und Strategien seiner Bekämpfung - Definition ‚Terrorismus' - Der ‚Kampf gegen den Terror' und die Folgen	- Entstehung und Ursachen - Was kann / sollte ein Staat unternehmen? - Was unternimmt die Staatengemeinschaft?
		Individuelle Freiheitsrechte und kollektive Sicherheit Rückbezug E1	- In welcher Weise sind die Bürger betroffen?
25-30	**Die deutsche Außenpolitik zwischen Anspruch und Realpolitik**	**Die deutsche Außenpolitik** - Leitlinien und Rechtsgrundlagen - Neuausrichtung der Bundeswehr - Die Rolle der Bundeswehr in der NATO - *Vertiefender Inhalt: Auslands-einsätze der Bundeswehr*	- Soll Deutschlands Sicherheit auch außerhalb des NATO-Raums (z.B. Hindukusch) verteidigt werden? - *Wie werden Auslands-einsätze legitimiert?*
31/32	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Handlungsspielräume, Interessenqualität (Effizienz) und Menschenrechte, Demokratiequalität (Legitimität).		**Diskutieren** Sie die Probleme von humanitären Interventionen und beziehen Sie Stellung. Oder: **Beurteilen** Sie die Chancen einer dauerhaften Friedenssicherung durch die UN.

Q2.1: Syrien - Ist Frieden möglich? (Grundlegendes Fach)

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1-6	**Syrien - Krieg auf der 'Weltbühne'**	**Konfliktanalyse** - Konfliktinhalt, Konfliktparteien, Konfliktverlauf	- Konfliktgenese: Vom „arabischen Frühling“ zum Bürgerkrieg - Welche Dimensionen hat der Konflikt? (politisch, sozioökonomisch, religiös, ethnisch) - Wer ist beteiligt? - Welche Rolle spielen internationale Akteure? - Welche Unterstützer gibt es? - Welche Interessen werden verfolgt? (geopolitisch, politisch, wirtschaftlich)
7-12	**Die UN - Wegweiser für den Frieden?**	**Entwicklung und Strukturen internationaler Organisationen am Beispiel der UN** - Ziele, Grundsätze, institutionelle Strukturen - Mittel und Maßnahmen	- Welche Bedeutung hat das Völkerrecht? - Welche Konfliktlösungs-strategien verfolgen die UN? - Wie kommt eine Resolution zustande?
		Der UN-Sicherheitsrat zwischen Blockade und Kooperation - Reformbedarf des UN-Sicherheitsrats	- Sind die Entscheidungs-strukturen im Sicherheitsrat zeitgemäß?
13-16	**Menschenrechte vor Selbstbestimmungsrechten des Staates?**	**Internationale Schutzverantwortung** - Responsibility to Protect (R2P): Idee, Entstehung, Funktion	- Wie/ Soll sich die Staatengemeinschaft in den Syrienkonflikt einmischen? - Welche Handlungsoptionen gibt es und wie sind diese zu beurteilen?
17/18	**Grundgesetz und internationale Verpflichtungen als Basis für Deutschlands Außenpolitik**	**Die deutsche Außenpolitik** - Deutschland als Mitglied der NATO - Die veränderte weltpolitische Rolle der Bundeswehr	- Wen unterstützt Deutschland mit welchen Mitteln? - Welche Rolle übernimmt Deutschland im Syrienkonflikt?

19-23	**Der Aufstieg des ‚Islamischen Staates' - begünstigt durch die westliche Welt?**	**Transnationaler Terrorismus als globale Friedensbedrohung** - Ursachen und Entstehung von Terrorismus	- Ursachen für den schnellen Aufstieg des ‚Islamischen Staates' - Welche Identifikations-angebote macht der ‚Islamische Staat'? - Interessen und Reaktionen der westlichen Welt - Trägt die westliche Welt eine Mitverantwortung?
		Neue Kriege - Auswirkungen des Syrienkonflikts auf die westliche Welt (z.B. Menschen auf der Flucht, „homegrown terrorism")	- Asymmetrische Kriegsführung
24/25	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Menschenrechte, Demokratiequalität (Legitimität) und Interessenqualität, Handlungsspielräume (Effizienz).		**Prüfen** Sie, ob eine militärische Intervention aus humanitären Gründen (R2P) zur Friedensschaffung in Syrien beitragen kann. Oder: **Erörtern** Sie die Rolle der UN im Syrienkonflikt.

Q2.1: ‚Failed States' - Die internationale Staatengemeinschaft im Spannungsfeld humanitärer Verantwortung und wirtschaftlicher Interessen (Grundlegendes Fach)

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1-4	**Piraten vor Somalia - Warum gerade dort?**	**Staatszerfall und neue Kriege am Beispiel Somalia** - Strukturdaten und Probleme Somalias - Typologie fragiler Staatlichkeit - Asymmetrische Kriegsführung	 - Wie werden Fischer zu Piraten? - Z.B. fehlende Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in Somalia - Welche Faktoren bedingen den Bürgerkrieg in Somalia? - Wie geht die Al-Shabaab-Miliz vor?
5/6	**Geopolitik - Das Horn von Afrika als Dreh- und Angelpunkt globaler Handelsströme**	**Ressourcenkonflikte** - Ressourcenknappheit und Verteilungskämpfe, z.B. Zugang zu Märkten	 - Warum ist das Horn von Afrika von globaler Bedeutung? - Welche Interessen verfolgen die unterschiedlichen Akteure? - Welche Kosten verursacht die Piraterie? - Welche Auswirkungen hat die Piraterie auf die globale Sicherheit?
7/8	**Die Weltgemeinschaft - Zur völkerrechtlichen Legitimation internationaler Sicherheitspolitik**	**Verantwortung der UN für Somalia** - UN-Resolution 1846	 - Welche Bedrohung sehen die UN? - Welche Aufgaben ergeben sich aus der Resolution? - Wie sorgen die UN für Sicherheit?
9-12	**Die EU - Grundsätze der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**	**Entwicklung und Strukturen der internationalen Organisationen am Beispiel der EUNavFor** - Ziele der Operation Atalanta	 - Welche Aufgaben übernimmt die EU im Rahmen der Operation Atalanta? - Entspricht das Vorgehen der EU vor Somalia den Grundsätzen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik?

13-16	**Die Operation Atalanta - Welche Rolle spielt die Bundeswehr?**	**Die Bundeswehr im Rahmen der Operation Atalanta** - Die Bundeswehr im Grundgesetz - Leitlinien und Rechtsgrundlagen der deutschen Sicherheitspolitik	- Wie werden Auslandseinsätze der Bundeswehr legitimiert? - Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen der Operation Atalanta - Ist der Einsatz vor Somalia mit den Leitlinien der deutschen Sicherheitspolitik vereinbar?
17/18	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Handlungsspielräume, Interessenqualität *(Effizienz)* und Menschenrechte, Demokratiequalität *(Legitimität).*		**Diskutieren** Sie, ob die Operation Atalanta als gelungene Maßnahme zur Stabilisierung eines ‚failed state' angesehen werden kann. Oder: **Nehmen Sie Stellung** zu der Aussage, der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Operation Atalanta verfolge ausschließlich wirtschaftliche Interessen.

Q2.2: Der Sozialstaat auf dem Prüfstand: Das Gesundheitssystem - leistungsfähig und gerecht oder reformbedürftig?

Stunde	Beispielhafte Problematisierung der Themen	Grundlegende Inhalte (Fettdruck)	Beispielhafte Konkretisierung der Grundlegenden Inhalte
1/2	**Was heißt eigentlich Sozialstaat?**	**Grundprinzipien des deutschen Sozialstaates** - Sozialstaatsprinzip: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit	- Welche Vorstellungen haben SuS von einem sozialen Staat? - Das Sozialstaatsprinzip im GG - Rechtsanspruch auf soziale Leistungen: Möglichkeiten und Grenzen
3-6	**Wie funktioniert der Sozialstaat?**	**Die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik und ihre Finanzierung** - Prinzipien: Versicherung (gesetzliche und private Krankenversicherung), Versorgung, Fürsorge - Finanzierung durch Umlage und/ oder Kapitaldeckung - Problemfelder der Finanzierung: Arbeitskosten, Generationenausgleich	- Was erwarten SuS von einer Solidargemeinschaft? (Rückbezug E2) - Welche Merkmale kennzeichnen Sozialversicherungen? - (Wie) funktioniert die Solidargemeinschaft im Gesundheitswesen? - Demografischer Wandel - Herausforderung für das Gesundheitssystem?
7-12	**Ist das System der gesetzlichen Krankenversicherung gerecht?**	**Dimensionen sozialer Gerechtigkeit**	- Was bedeutet „soziale Gerechtigkeit“? (Rückgriff E2)
		Armut im Sozialstaat?	- Zeitnahe ärztliche Behandlung für alle?
		Sozialpolitik zwischen Eigenverantwortung und Solidarität	- Folgekosten ungesunder Lebensführung - Risikosportarten - Wer soll das Risiko tragen? Fallbeispiel: Sportklettern, KiteSurfen - Ist das duale Gesundheitssystem mit den Grundprinzipien des Sozialstaates vereinbar?

13-16	**Das Gesundheitssystem: geprägt von wachsender Ökonomisierung?**	**Zukunft der sozialen Sicherungssysteme am Beispiel Gesundheit**	- Das Geschäft mit der Gesundheit - Wem nützen z.B. Fitnessarmbänder, IgeL-Leistungen? - Die Privatisierung des Gesundheitssystems - Krankenhäuser zwischen bestmöglicher medizinischer Versorgung und Gewinnoptimierung.
17/18	**Zukunft des Gesundheitssystems: mehr Solidarität oder mehr Eigenverantwortung?**	**Zukunft der sozialen Sicherungssysteme**	- Bürgerversicherung versus Gesundheitsprämie - Welche Vorstellungen eines Sozialstaates haben andere Länder? - Sozialpolitik als europäische Aufgabe?
19/20	**Abschließende Beurteilung ausgewählter Problemstellungen anhand von Kriterien**, z.B. Akzeptanz, Gemeinwohl und Sozialstaatlichkeit (Legitimität) und Wirtschaftlichkeit, Nutzenqualität und Leistungsfähigkeit (Effizienz).		**Prüfen** Sie, ob der Effizienzgedanke im Widerspruch zum gegenwärtigen Gesundheitssystem steht. Oder: **Erörtern** Sie, wie viel Eigenverantwortung und wie viel Solidarität im Gesundheits-system erforderlich sind.

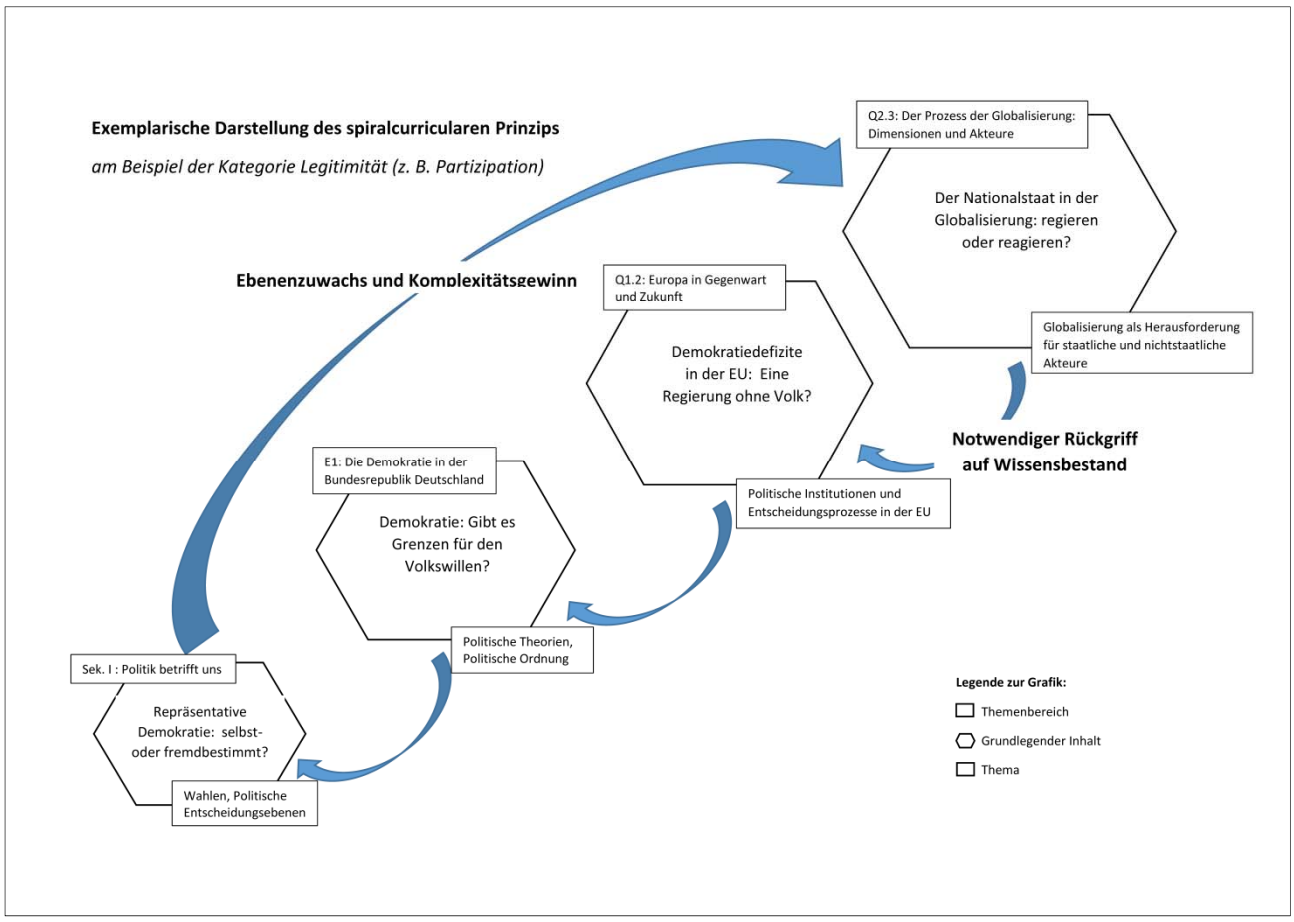
Der integrative Ansatz des Faches Wirtschaft/Politik und das spiralcurriculare Prinzip

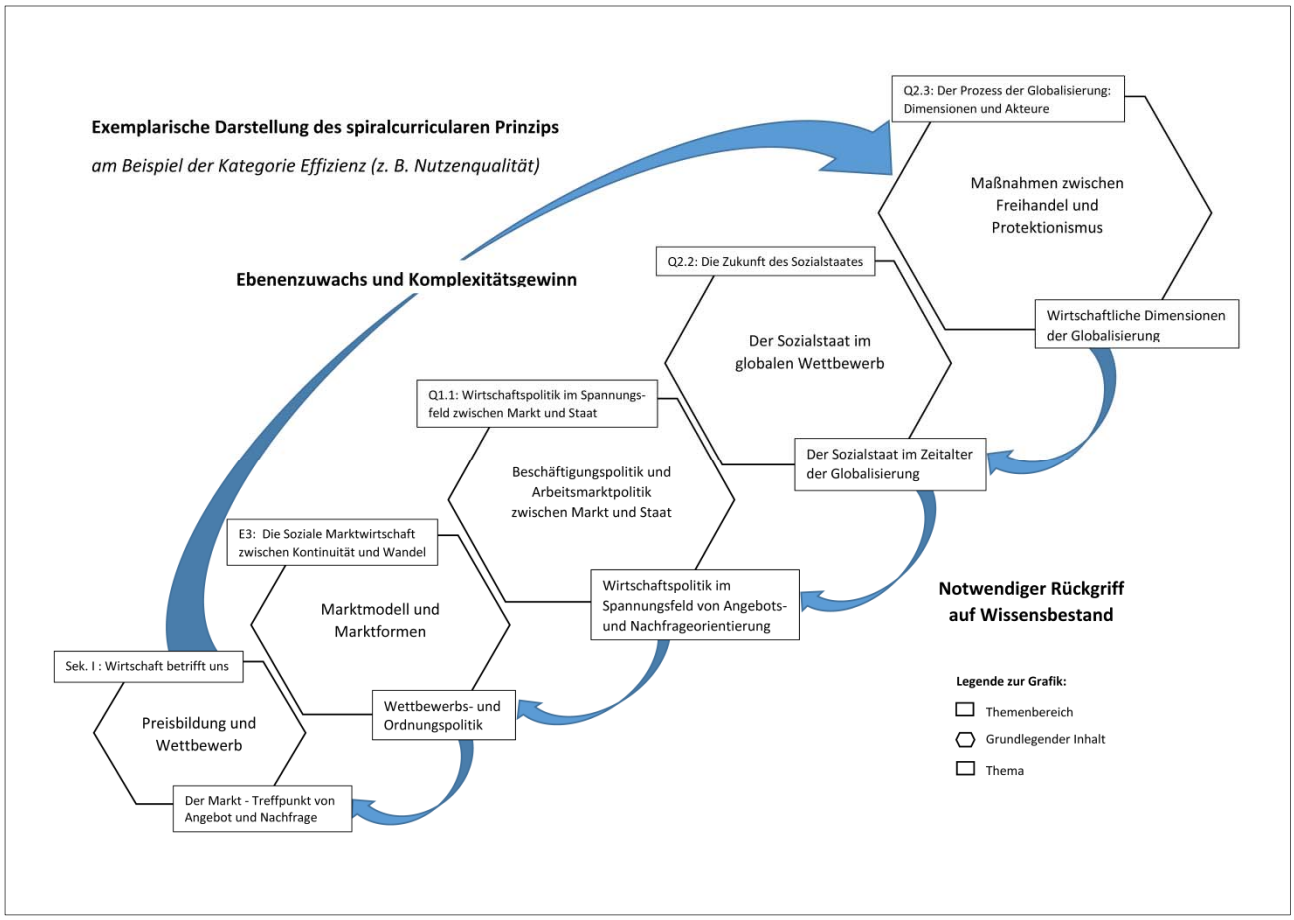
Der integrative Ansatz des Faches und das spiralcurriculare Prinzip ergänzen einander. Während der integrative Ansatz des Faches den Fokus auf die unterrichtlichen Möglichkeiten zur Vernetzung der Bereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft legt, bietet ein spiralcurricular aufgebauter Unterricht mit seinen Möglichkeiten des gezielten Rückgriffs auf Wissenbestände die Basis für Komplexitätsgewinn.

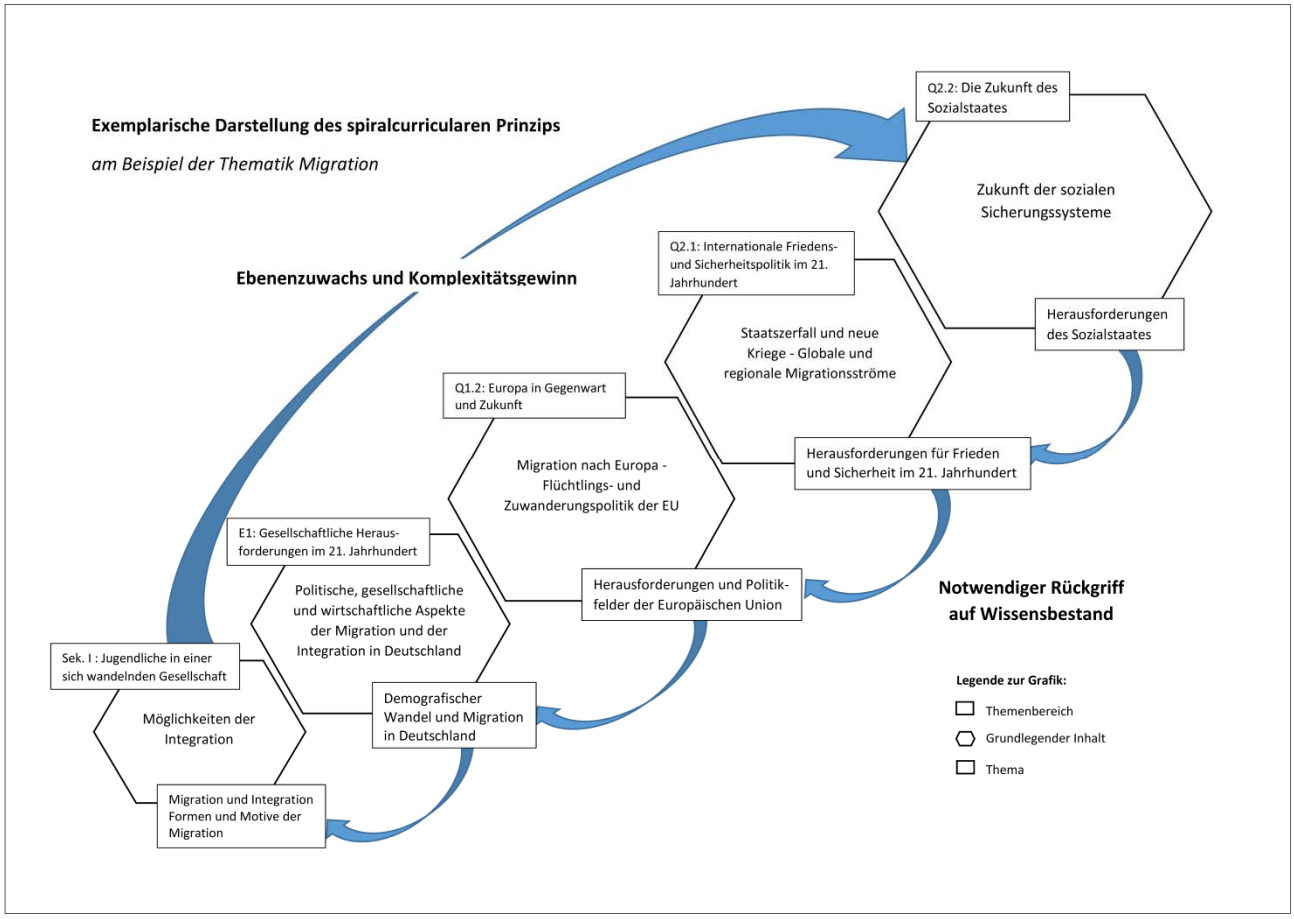
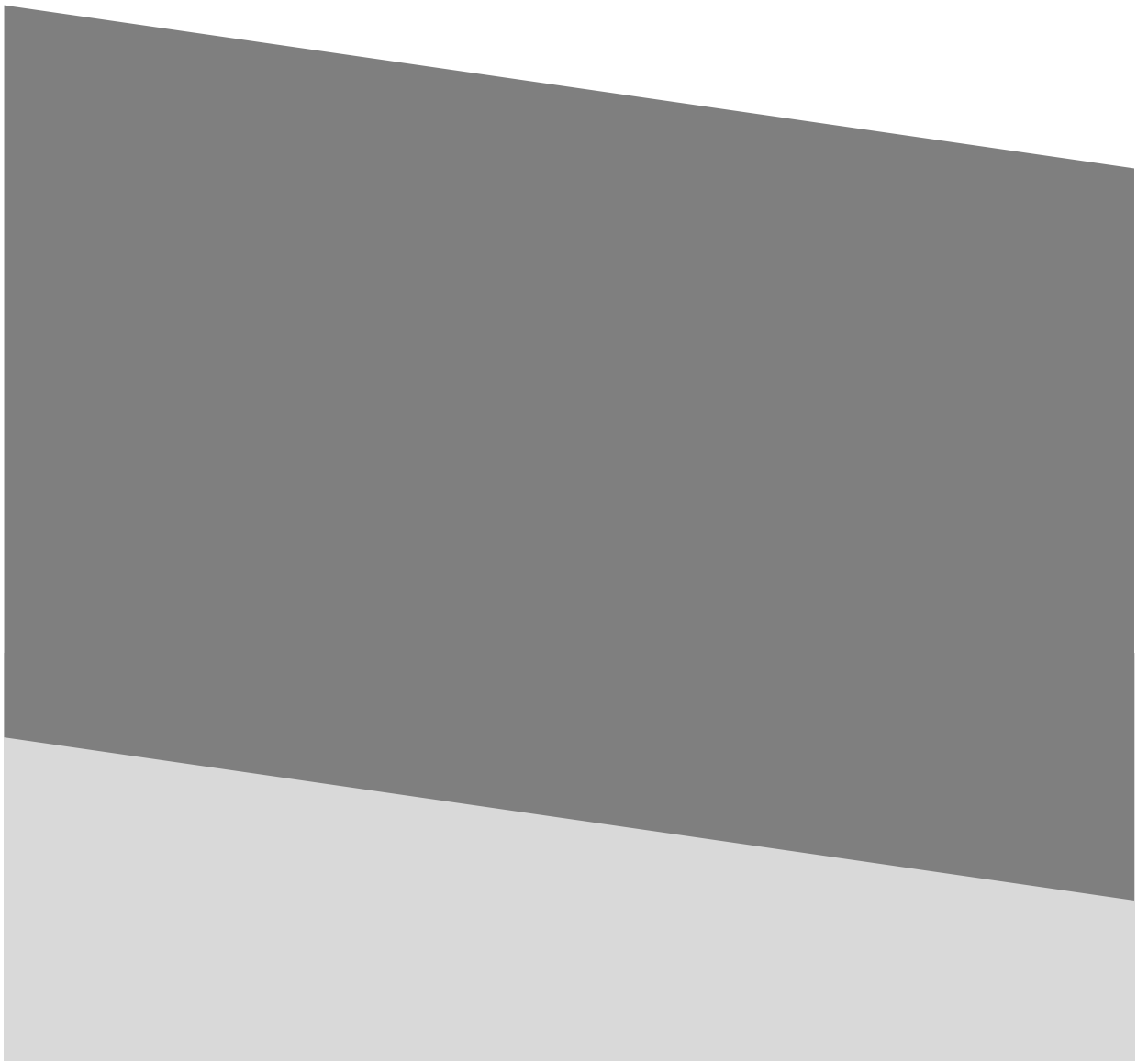
Ein spiralcurricular aufgebauter Unterricht

- nutzt im vorangegangenen Unterricht erworbenes Wissen über Themen und Inhalte, um thematisch verwandte Inhalte höherer Komplexität zu erschließen,
- nutzt die im vorangegangenen Unterricht eingeübten Fachmethoden und -perspektiven der Bezugswissenschaften, um Themen und Sachverhalte mehrperspektivisch und kriterienorientiert zu erschließen und zu beurteilen.

Die folgenden Grafiken veranschaulichen exemplarisch - jeweils ausgewiesen für die Bereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft - wie sich das spiralcurriculare Prinzip anhand der in den Fachanforderungen vorgegebenen Themenbereiche, Themen und Inhalte anwenden lässt.




Exemplarische Darstellung des spiralcurricularen Prinzips
am Beispiel der Kategorie Effizienz (z. B. Nutzenqualität)
Ebenenzuwachs und Komplexitätsgewinn
Q2.3: Der Prozess der Globalisierung: Dimensionen und Akteure
Maßnahmen zwischen Freihandel und Protektionismus
Wirtschaftliche Dimensionen der Globalisierung
Q2.2: Die Zukunft des Sozialstaates
Der Sozialstaat im globalen Wettbewerb
Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung
Q1.1: Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat
Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktpolitik zwischen Markt und Staat
Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Angebots- und Nachfrageorientierung
E3: Die Soziale Marktwirtschaft zwischen Kontinuität und Wandel
Marktmodell und Marktformen
Wettbewerbs- und Ordnungspolitik
Sek. I : Wirtschaft betrifft uns
Preisbildung und Wettbewerb
Der Markt - Treffpunkt von Angebot und Nachfrage
Notwendiger Rückgriff auf Wissensbestand
Legende zur Grafik:
Themenbereich
Grundlegender Inhalt
Thema


Exemplarische Darstellung des spiralcurricularen Prinzips
am Beispiel der Thematik Migration
Ebenenzuwachs und Komplexitätsgewinn
Q2.2: Die Zukunft des Sozialstaates
Zukunft der sozialen Sicherungssysteme
Herausforderungen des Sozialstaates
Q2.1: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert
Staatszerfall und neue Kriege - Globale und regionale Migrationsströme
Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert
Q1.2: Europa in Gegenwart und Zukunft
Migration nach Europa - Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik der EU
Herausforderungen und Politikfelder der Europäischen Union
E1: Gesellschaftliche Herausforderungen im 21. Jahrhundert
Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte der Migration und der Integration in Deutschland
Demografischer Wandel und Migration in Deutschland
Sek. I : Jugendliche in einer sich wandelnden Gesellschaft
Möglichkeiten der Integration
Migration und Integration Formen und Motive der Migration
Notwendiger Rückgriff auf Wissensbestand
Legende zur Grafik:
Themenbereich
Grundlegender Inhalt
Thema